

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 168 · 15. JAHRGANG · AUSGABE 1/2009 VOM 9. JANUAR 2009 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Diese Planungen gehören in den Papierkorb**  
B167neu in der StVV Eberswalde

9 | **Der Kanal in der Dorfstraße**  
Neue Abwasserleitungen in Chorin

14/15 | **Diese Revolution haben wir selber gemacht**  
50 Jahre Sozialismus in Kuba

## Das neue Jahr beginnt im **Blutrausch**

»Hoffen wir darauf, daß das neue Jahr ein friedliches wird«, schrieben wir in unserer Dezember-Ausgabe. Die Wirklichkeit ist eine andere.

Kurz nach Weihnachten begann mit dem Überfall der israelischen Armee auf den palästinensischen Gaza-Streifen eine neue Phase in dem seit mehr als 60 Jahren brodelnden Konflikt in Nahost. Bis Anfang des neuen Jahres starben schon mehr als 500 Menschen im israelischen Bombenhagel, der auch Schulen und Krankenhäuser nicht verschont. Die zivilen Infrastrukturen im Gazastreifen werden nachhaltig zerstört und anderthalb Millionen Menschen werden der Vernichtung preisgegeben, wenn Israel seine Angriffe fortsetzt und die seit Monaten anhaltende Blockade des Gazastreifens nicht sofort aufgibt.

Evelyn Hecht-Galinski, Tochter des früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland sagte am 3. Januar auf einer Protestdemo gegen den Krieg dazu: »Für mich als deutsche Staatsbürgerin, jüdisch, ist es eine Herzensangelegenheit eine Solidarität mit dem palästinensischen Volk zu zeigen. Diese Solidarität vermisse ich leider bei den meisten deutschen Bürgern, der evangelischen und katholischen Kirche, den Gewerkschaften und anderen Verbänden, ganz zu schweigen von den Parteien, die ständig hin und her lavieren und keine klare Aussage hinsichtlich der wahren Ursachen für den Palästina-Konflikt machen. Dieses Leid, das die israelische Mordmaschinerie verursacht hat – beflügelt durch die so genannten Kriegserfolge – wird benutzt, um den Wahlkampf nochmals aufzuheizen. Der jüdische Staat befindet sich durch eigene Überhöhung und propagandistische Euphorisierung der Kampfeskraft als fünftgrößte Militärmacht der Welt, angestachelt und bestärkt durch die USA und insbesondere auch durch die deutsche Regierung in einem nationalen kollektiven Blutrausch... Besonders schuldig ... macht sich unsere Bundeskanzlerin und unser Außenminister, wenn sie sofort und nachhaltig die Hamas als einziger Schuldigen verurteilt und Israel – wie immer – einseitig verteidigt und auch nicht davor zurückschreckt, ihre Neujahrsansprache dafür zu mißbrauchen.«

G.M.



Foto: www.linkezeitung.de

## Die Sprache der Deutschen ist Deutsch

Als Egon Erwin Kisch noch nicht »Rasender Reporter«, sondern Schüler war, bekam seine Großmutter eines Tages einen Tobsuchtsanfall und warf sein Geographiebuch aus dem Fenster.

Infolgedessen bekam Egon eine schlechte Note, denn er hatte seine Aufgabe nur bis zu dem Satz lernen können, dessen lautes Aufsagen den Wahnsinnsausbruch der Großmutter bewirkt hatte: »Die Hauptstadt von Salzburg ist Salzburg.«

Was wäre wohl geschehen, wenn Kischs Großmutter den letzten CDU-Parteitag besucht hätte? Allerdings haben die Delegierten ja den gefährlichen Satz vermieden: »Die Sprache der Deutschen ist deutsch.« (Oder Deutsch?) Statt dessen: »Die Sprache der Bundesrepublik...«

Aber kann der Staat Bundesrepublik überhaupt sprechen, oder tun das nur seine Bürger oder Einwohner oder eben »das Volk«? Die CDU-Delegierten haben jedenfalls (mehrheitlich) deutsch geredet, will heißen Klartext – sie haben ihr schlichtes (deutsches) Gemüt offenbart. Aber haben sie unserem Volk wirklich aufs Maul geschaut, wie Luther empfahl? (Beziehungsweise op dat Mul, auf die Goschen...) Welches Deutsch meinten die Damen und Herren Delegierten eigentlich? Ober-, Hoch- oder Nieder-? Natürlich Hoch-! Nur – wer spricht das? Schwaben, Oberbayern und Freistaat-Sachsen jedenfalls nicht. Alemannen? (Ist Alemannisch überhaupt deutsch?) Und Friesisch soll ja eine eigene Sprache sein. Wieso gehören uns dann eigentlich die Friesischen In-

seln? Die CDU hat uns da wirklich vor Abgründe geführt, denn das steigert sich ja bis zum Kanaldeutschen (»Ick wah in'n Jatten jewesen« – der germanistisch Beschlagene möchte da vom Eberswalder Plusquamperfekt sprechen.) Für Nichtbrandenburger: Kanaldeutsch ist die herrschende Sprache von Eberswalde und Umgebung. Vielleicht sollten wir beantragen, daß es auch im Grundgesetz erwähnt wird. Ich fürchte, wenn der CDU-Beschluß dort wirklich Eingang findet, dann kommt auf Karlsruhe viel Arbeit zu...

Die Australier haben kein Grundgesetz. Die australische Einwanderungsbehörde konnte, als man Kisch nicht ins Land lassen wollte, ihn leichthin in Gälisch prüfen lassen, statt in Englisch. Zwar wissen 99,9 Prozent der Australier nicht, daß es das Gälische überhaupt gibt, aber das tat nichts – Australien gehörte zum Commonwealth, und irgendwo dort spricht man Gälisch. Oder gälisch. Jedenfalls, Kisch konnte kein Gälisch, und man ließ ihn nicht rein.

Das ist doch eine elegante Methode! Man könnte einen unerwünschten Einwanderungswilligen schlicht in Allemannisch oder in Niedersorbisch prüfen. Das wäre die einfachste Lösung für die Einwanderersorgen von Roland Koch. Allerdings, wenn Deutsch im Grundgesetz steht, geht das nicht. Ob der CDU-Vorschlag wirklich klug ist?

ROLF RICHTER

## Viel Geld für Öl

Ab und an schreiben wir über den Treibstoff der Wirtschaft, das Mineralöl. Jetzt soll ja die Langeweile vorbei und Krise sein. Am Öl kann man ganz gut erkennen, wie die kapitalistische Wirtschaft funktioniert und wer da etwas wie beeinflusst.

Seit Beginn des Jahres 2007 bis zum Juli des Jahres 2008 stieg der Ölpreis pro Liter von etwa 0,35 Euro auf 0,92 Euro. Bei einem Jahresverbrauch von 5 Billionen Liter auf der gesamten Welt entspricht das etwa einer Preissteigerung um 2.850 Milliarden Euro. Die Preissteigerung enthält die Gewinne der Raffinerien und Händler sowie diverse Steuern und Abgaben. Wahrscheinlich sind die Gewinnungs- und Transportkosten mit dem gegenwärtigen Preis, der noch unter dem Niveau des Jahres 2007 liegt, gut abgedeckt. Wir können also annehmen, daß sich mit etwas Spekulation und Propaganda vom Weltuntergang und vereinten Kräften von Staat und Wirtschaft binnen 18 Monaten die Einnahmen nur bei einem sehr wichtigen Rohstoff um fast 3.000 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen lassen.

Dieses schöne Geld haben die Jungs zum Teil in den Wüstensand gesetzt um Inseln aufzuschütten, Wolkenkratzer und eine große Eishalle zu bauen. Die Klügeren haben Krankenhäuser, Universitäten und Schulen gebaut, die Landwirtschaft modernisiert, Lehrer ausgebildet und die Kranken versorgt. Manch einer kaufte sich auch eine schöne Fabrik in Deutschland oder Amerika. Die Schuldverschreibungen der Staaten und Eigenheimbesitzer gingen weg wie warmes Semmeln. Da und dort sind ein paar Bürokraten und Taugenichtse ernährt worden. Und natürlich wurden auch viele schöne dicke Autos und Goldketten gekauft. Das war ein wirkliches Konjunkturprogramm. Die Jungs hatten Geld und konnten unsere Überproduktion abnehmen. Man hat auch kaum Klagen gehört. Es muß ihnen gut gefallen haben.

Obwohl der hohe Benzinpreis die Leute ärgerte, bekommt uns der niedrige Preis schlechter. Jetzt ist nämlich Krise. Das haben wir vom Jammern üben Benzinpreis. Die dicken Autos stehen auf Halde. Der Wert der Fabriken fällt in sich zusammen. Schuldverschreibungen wird man nicht mehr los. Keiner will mehr Krankenhäuser in Afrika und Universitäten bauen. Und wer soll bloß unsere Rente bezahlen?

Also sind jetzt Konjunkturprogramme gefragt. Unsere Regierung will 50 Milliarden spendieren. Das sind etwa 1,75 Prozent von den 2.850 Milliarden aus der Blase der Erdöl-Spekulation. Das nenn' ich ranklotzen. Da wird man auf den Erfolg warten können. Die Typen tun wirklich so, als ob sie auf diese Weise etwas ändern könnten. Wenn sie nur den Mund halten oder wenigstens die Welt schön reden würden. Das hätte vielleicht eine größere Wirkung als ihr Konjunkturprogramm.

Dr. MANFRED PFAFF

## Haushalt Eberswalde

### Finanzpolster soll auch 2009 wachsen

Nachtragshaushalt 2008 mit Mehreinnahmen von viereinhalb Millionen Euro

**Eberswalde (bbp).** Ohne große Diskussion hatten die gerade neu gewählten Stadtverordneten auf ihrer zweiten Sitzung im November den Nachtragshaushalt 2008 durchgewinkt. Zugleich gaben sie der Stadtverwaltung grünes Licht, ohne nochmalige Vorlage alle im laufenden Jahr nicht verbrauchten Haushaltsmittel vollständig auf das Jahr 2009 zu übertragen.

Insgesamt dokumentiert der Haushaltsnachtrag Mehreinnahmen in Höhe von 4.562.000 Euro. Insbesondere sprudeln die Einkommenssteuern. Der städtischen Anteil daran wächst um 2,3 Millionen auf 6 Millionen Euro. Die Gewerbesteuererinnahmen erhöhen sich um 600.000 Euro, die Anteile an der Umsatzsteuer um 150.000 Euro und die Schlüsselzuweisungen um rund 720.000 Euro.

Ein Teil der zusätzlichen Einnahmen dient der Finanzierung von Mehrausgaben im Personalbereich (331.500 Euro), bei den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben (230.600 Euro) sowie bei der Kreisumlage (316.800 Euro). Die verbleibenden Mehreinnahmen kehren den ursprünglichen geplanten Nettozufluß von 513.500 Euro vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt um. Stattdessen werden nun über 3 Millionen Euro dem

Vermögenshaushalt zugeführt. Statt wie ursprünglich geplant um 455.400 Euro erhöhen sich so die finanziellen Rücklagen der Stadt am Ende des Finanzjahrs um 3,5 Millionen Euro.

### Personalausgaben steigen 2009 um 1 Million Euro

Für das neue Jahr rechnet die Stadtverwaltung mit einer weniger günstigen Einnahmesituation. Der im Dezember beschlossene Haushalt 2009 weist gegenüber dem Nachtragshaushalt 2008 rund 1 Million Euro weniger Einnahmen durch Steuern, Zuweisungen und sonstiges auf. Zugleich wird mit steigenden Ausgaben gerechnet. Allein die Personalausgaben liegen 2009 um 1 Million Euro über dem Nachtragshaushalt 2009. Weiterhin werden 1,16 Millionen Euro mehr für die Kreisumlage sowie zusätzlich 436.200 Euro für Zuweisungen und Zuschüsse eingeplant, darunter fast 100.000 Euro an private Unternehmen. Um einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt zu erreichen ist eine Nettozuführung aus dem Vermögenshaushalt in Höhe von 374.100 Euro notwendig. Dennoch soll es bis Ende 2009 gelingen, die Rücklage der Stadt um weitere 527.500 Euro zu erhöhen.

## Stadtwerkeverkauf

Anfrage an den Bürgermeister

Der Verkauf der verbliebenen 26 % Anteile der TWE an den Stadtwerken erfolgte 2005 zu gleichen Teilen an die zwei anderen Gesellschafter der Stadtwerke. Im letzten Monat wurde darüber informiert, daß der Verkauf an einen der Gesellschafter vom Kartellamt nicht genehmigt wurde. Daraufhin wurde der Kaufvertrag dahingehend abgeändert, daß der andere Gesellschafter den nun vakanten Anteil mit übernahm.

Damit hat sich eine maßgebliche Position des Vertrages über den Verkauf der Geschäftsanteile, nämlich die des Käufers, verändert. Der Verkauf des Geschäftsanteils von 13 % mußte vertraglich neu vereinbart werden. Möglich wäre auch ein Verzicht auf den Verkauf dieses Anteils gewesen.

Ich frage Sie daher:

1. Wer hat über die Änderung des Vertrages entschieden?
2. Warum wurde dafür nicht die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung eingeholt?
3. Wurde auch die Möglichkeit eines Verzichtes auf den Verkauf dieses Anteils erwogen?
4. Spielte es bei den Überlegungen zum ersatzweisen Verkauf dieses Anteils eine Rolle, daß im Zusammenhang mit Anteilsverkäufen Schmiergelder von den Anteilskäufern geflossen waren? **ALBRECHT TRILLER, Fraktion Die Fraktionslosen in der StVW Eberswalde**

## Zu viele Kinder

**Bernau (de).** In keinem anderen Bundesland Deutschlands muß eine Erzieherin für so viele Kinder sorgen wie in Brandenburg. So zu lesen in einem Brief der Vorsitzenden mehrerer Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Bernau, in dem Dagmar Enkelmann (DIE LINKE), Elke Keil (SPD), Frank Goral (CDU) und Klaus Geißler (Freie Fraktion) und ihre Fraktionen den Brandenburger Ministerpräsidenten Matthias Platzeck auffordern, seinen Worten »Wir müssen alles tun, damit Kinder ihre Potentiale besser und vollständig entfalten können.« endlich auch Taten folgen zu lassen. Es geht um die Erzieherinnen und Erzieher, die oft allein bis zu 20 Kinder betreuen müssen. Daß dabei eine individuelle Förderung, Bildung und Erziehung nur schwer möglich ist, kann sich jeder ausrechnen. Dem Anspruch, Kindergärten als Bildungseinrichtungen zu gestalten, sind außer stets steigenden qualitativen Anforderungen keinerlei personelle und materielle Konsequenzen gefolgt. Doch nun wandten sich engagierte Erzieherinnen an die Öffentlichkeit. Sie gründeten die Kitainitiative Brandenburg und forderten Gleichgesinnte auf, sich in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten zu wenden, damit die Sorgen des Kitapersonals endlich gehört und die Bedingungen deutlich verbessert werden. Dem hat sich auf Anregung von Dagmar Enkelmann die StVV Bernau angeschlossen. Infos auf [www.kitainitiative.de](http://www.kitainitiative.de).

## Demokratie wagen – Verfassung anwenden

Das alte Willi-Brandt-Motto »Mehr Demokratie wagen« war dem Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski in der Dezemberausgabe der »Bamämer Bürgerpost« ans Herz und quasi als Wunsch unter den Weihnachtsbaum gelegt worden. Seine Rechtsfachleute in der Stadtverwaltung hatten bei der Auslegung der neuen Kommunalverfassung allzu ängstlich agiert. Ein wenig stand wohl auch der Gedanke Pate, daß manche Aktivitäten von Abgeordneten den normalen ruhigen Verwaltungsablauf mitunter heftig stören können. Manchmal merkt womöglich auch ein allzu amateurhaftes Vorgehen der ehrenamtlichen Politikamateure.

Ehe wohltdotierte Verwaltungsangestellte darob der Überheblichkeit verfallen, sollten sie allerdings in Erwägung ziehen, ob letzteres vielleicht nicht nur an mangelndem Wissen und Können der Abgeordneten, sondern vielleicht auch an der Verkomplizierung einfachster Vorgänge durch die hauptamtlichen Verwaltungsapparate liegen könnte.

Die neue Kommunalverfassung, so war erst kürzlich in den Lobeshymnen der Koalitionsvertreter im Landtag zu vernehmen, ist ein Ergebnis der Bemühungen um Verwaltungsvereinfachungen – kurz »Entbürokratisierung« genannt. Herausgekommen ist vielfach eine Entdemokratisierung. Doch es gibt tatsächlich auch Vereinfachungen. Dazu gehören die abgeschafften Regelungen zu den Rechten der kommunalen Abgeordneten, um die es in den

jüngsten Kontroversen in der StVV Eberswalde ging. Dabei müssen die bisherigen Vorgaben der Gemeindeordnung, beispielsweise zum Rederecht der Stadtverordneten in den Ausschüssen, nicht einmal in der Hauptsatzung geregelt werden. Denn ohne eine solche Regelung greift schlicht das nächst höhere Gesetz – im konkreten Fall die Landesverfassung.

Dort findet sich freilich keine Regelung für Gemeindevertreter. Allerdings ist in Art. 28 des Grundgesetzes die Rede von Volksvertretungen »in den Ländern, Kreisen und Gemeinden«. Demzufolge kann davon ausgegangen werden, daß Gemeindevertreter ebenso Volksvertreter sind wie Landtagsabgeordnete – mithin also die Rechte, welche die Landesverfassung den Landtagsabgeordneten zugesteht, analog für Gemeindevertreter gelten.

Und da heißt es in Art. 56, Abs. 2, der Landesverfassung: »Die Abgeordneten haben insbesondere das Recht, im Landtag und seinen Ausschüssen das Wort zu ergreifen, Fragen und Anträge zu stellen...« Demnach hätten Stadtverordnete INSBESONDERE das Recht, in der StVV und ihren Ausschüssen das Wort zu ergreifen, Fragen und Anträge zu stellen... Dieses Recht entfällt nicht dadurch, daß dies die Kommunalverfassung nicht mehr konkret regelt.

Die praktizierten Verfahrensweisen der Stadtverwaltung und des betreffenden Ausschußvorsitzenden, Stadtverordneten das Rederecht in den Ausschüssen zu verweigern, wi-

dersprach demnach nicht nur der noch gültigen Hauptsatzung, sondern auch der Landesverfassung. In der Landesverfassung ist in Artikel 70 (2) sogar ausdrücklich festgelegt, daß auch fraktionslose Abgeordnete das Recht haben, in einem Ausschuß mit Stimmrecht mitzuarbeiten.

Wie oben gesagt, regelt die Landesverfassung indirekt auch die Rechte der kommunalen Abgeordneten. Insofern kann also auch ein fraktionsloser Stadtverordneter fordern, in einem Ausschuß mit Stimmrecht mitzuarbeiten.

Der Bürgermeister und seine Verwaltung, aber auch einige beteiligte Stadtverordnete, müssen sich die Kritik gefallen lassen, aufgrund subjektiver Vorbehalte gegenüber einzelnen Personen die nötige objektive Sorgfalt bei der Anwendung und Umsetzung wichtiger Gesetzmäßigkeiten und demokratischer Grundsätze zu wenig beachtet zu haben.

Daß dabei genau jener Streit provoziert wurde, der eigentlich vermieden werden sollte, und sich die ersten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung unnötig in die Länge zogen, sind Folgen dieser fehlenden Bereitschaft, Demokratie zu wagen. Die Fraktionsbildung mit der an und für sich absurden Bezeichnung »Die Fraktionslosen« ist beredter Ausdruck für die praktizierte politische Unfähigkeit, der Unfähigkeit eines normalen demokratischen Umgangs mit politisch Andersdenkenden.

GERD MARKMANN

## Yes we can: Gute Wünsche und Wirklichkeit

Beim Jahreswechsel wünschen wir uns »Alles Gute«: Glück, Gesundheit und Erfolg. Von der Politik wünschen wir uns über Parteigräben hinweg mehr Frieden und weniger Armut. Bei der Umsetzung in die Wirklichkeit scheiden sich dann die Geister. Die Einen fordern (publikumswirksam) mehr Kindergeld, mehr soziale Hilfe, also mehr staatliche Unterstützung. Die Anderen wollen (auch publikumswirksam) die Steuern senken. Wieder andere wünschen sich beides, auch wenn es in der Wirklichkeit natürlich nicht zusammen paßt. Warum? Weil Politiker und Verwaltungen nur das Geld ausgeben können, was sie vorher als Steuern oder zukünftige Steuern (genannt Schulden) eingetrieben haben.

Im Folgenden möchte ich auf die intellektuellen Nachteile eingehen, die zwingend mit dem ausufernden Sozialstaat zusammenhängen.

Was ist eigentlich schlecht daran, Steuern zu einem guten Zweck einzutreiben? Jeder von uns kennt einen Finanzbeamten. Das sind ganz korrekte und keineswegs räuberische Mitbürger! Aber dennoch: **Steuern gleichen Enteignungen!** Unter dem Deckmantel politischer Programme (z. B. Klimaschutz, Bildung) greift

der Steuer-Staat dem Bürger in die Tasche! Das Ganze kennt man unter Begriffen wie z. B. »Umverteilung«. An diesem Beispiel kann man zwei interessante Eigenheiten des Steuer-Unwesens feststellen:

a) Vor der Verteilung steht das Einsammeln, Abkassieren und die Regulation des Staates. Von diesem Vorgang kann sich jeder überzeugen, z.B. beim Tanken. Aber auch beim Blick auf die Lohnabrechnung.

b) Ohne Verteiler keine Umverteilung! Bevor der erste Euro bei Bedürftigen ankommt, sind bereits Milliarden an Gehältern und Baukosten für Verwaltungs-Neubauten abgezweigt!

Die Nachteile liegen auf der Hand. **Besteuerung ist zudem oft ungerecht.** So trifft die Besteuerung gerade die sozial Schwächeren (z.B. Kraftstoff-/Umsatzsteuer). Für viele lohnt es sich nicht mehr, arbeiten zu gehen. Der soziale Friede schwindet.

Die Befürworter werden dem entgegen halten: Durch Umverteilung wird die Kaufkraft gesteigert, und auch die Gruppe der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst wird das Geld wieder ausgeben! Und durch den Neubau von Schulen und Finanzämtern werden doch Arbeitsplätze geschaffen!

Vieles spricht dagegen! Von dem staatlichen Geld gehen in vielen Fällen Fehlanreize aus! Die Gleichberechtigung der Vertrags-Partner ist im öffentlichen Auftragswesen geringer als zwischen zwei Privatleuten. Und die politische Freiheit gerät in Gefahr.

Zum Beispiel »öffentliche Neubauten«: Erfolgreiche Bau-Unternehmer sollten gute Kontakte zu den Politikern und Verwaltungen haben. **Die »alten« Qualifikationen wie Kreativität, Kundenorientierung und Fachwissen verlieren an Bedeutung.** Unternehmer mit Minderheiten-Meinungen geraten leicht ins Abseits.

Am schlimmsten finde ich die Erosion der Wahrheit: Die Entwicklung auf dem Markt (z.B. Globalisierung) wird eher als störend empfunden, denn hier prallen Wunsch und Wirklichkeit aufeinander!

Was ist schlecht daran, die Menschen vor der Wirklichkeit zu »schützen«? Sie können das Gefühl für die Wirklichkeit verlieren. Damit werden sie verführbarer für Demagogen!

Das Gegenmittel? Mehr Markt, mehr Mut, mehr Wahrheit!

Nebenwirkung? Mehr Netto!

Nur in diesem Sinne: Yes we can.

STEPHAN FISCHER 3



Ich lobe mir den Entschluß der Stadt von 2007, die damals auch für eine Nullvariante zu haben war. Heute sieht das leider ganz anders aus. Da haben die Verkehrsplaner eine Variantenvielfalt zu bieten, die kaum einer nachvollziehen kann, die aber als abstraktes Gemälde schon ganz gute Züge aufweist. Und die Stadtverwaltung schlägt die Variante C vor. Leider ist keine Variante das Maß aller Dinge. Was soll uns diese Umgehungsstraße bringen?

- Verkehrsentlastung in der Innenstadt? Wenn überhaupt, dann höchstens um 10 bis 15 %.
- Schwerlastverkehr raus aus der Stadt? Aber wie, wenn die meisten LKW doch ins Zentrum wollen, um zu liefern oder abzuholen? Woher soll da eine Entlastung kommen?
- Schnellere Umgehung von Eberswalde? Wer Eberswalde ansteuert, will meist ins Zentrum.
- Schnell nach Freienwalde? Mit einem Umweg von 7 oder 8 Kilometer – wirklich toll!

Zu guter Letzt: Diese Straße ist Bestandteil des »Blauen Bandes«, von dem Minister Dellmann gern spricht. Das ist bei Vollausbau so was wie ein »Brandenburger Ring«, wie der Berliner Ring eben, nur weiter von der Hauptstadt weg. Nördlich sah man die Achse Neuruppin,

Raumordnungsverfahren zur B167n:

## »Wer hat Nutzen von dieser Straße?«

Eberswalde, Bad Freienwalde und Frankfurt/Oder. Angenommen ich will von Neuruppin nach FFO, da fahr ich doch lieber auf der Autobahn und den Berliner Ring, auch wenn's Maut kostet, als daß ich in einer riesigen Schleife Brandenburger Sightseeing mache.

Wem also nützt die Umgehungsstraße? Vielleicht einem kleinen Teil des Gesamtverkehrs, der Eberswalde umfahren will oder muß. Doch existieren dazu keine seriösen Daten oder Verkehrszählungen. Stattdessen bauen wir unsere schöne Umgebung zu, lassen es sogar zu, daß einige unserer Bürger in Nord- und Ostend eine tatsächliche Mehrbelastung hinnehmen müssen. Wir zerschneiden Naturschutzgebiete, erzeugen mehr Lärm, Asphalt, Abgase und müssen unsere Krankenwagen dorthin schicken, wenn Unfälle mit Personenschaden passieren. Wo werden wir da entlastet?

Ach ja. Vor einiger Zeit machte mich die MOZ ja kurzzeitig zum liberalen Parteigänger der FDP. Auch ich habe den großen liberalen

Markttheoretiker Adam Smith gelesen, der sagte, daß der freie Markt alles zum guten regeln werde. Wie das läuft, sehen wir gegenwärtig im globalen Maßstab sehr deutlich.

Aber Smith hatte auch vom »Glück der großen Zahl« gesprochen und damit gemeint, daß Entscheidungen immer einer großen Mehrheit nützen und bekömmlich sein sollen. Doch wo sehen Sie bei dieser Umgehungsstraße das »Glück der großen Zahl«? Wo sind die Mehrheiten, die einen Nutzen von dieser Straße ziehen können? Ich sehe sie nicht.

Das, liebe Kollegen, sollten wir auch bei der Variantenabstimmung beachten. Daher plädiere ich hier für eine Nullvariante, mit der viel Geld eingespart werden kann, egal wo es herkommt. Wo keine Notwendigkeit besteht, braucht auch nicht mehr Lärm, Abgase und Asphalt produziert werden.

JÖRG SCHNEIDERREIT,  
Stadtverordneter der LINKEN  
(Rede auf der StVv am 18. Dezember 2008)

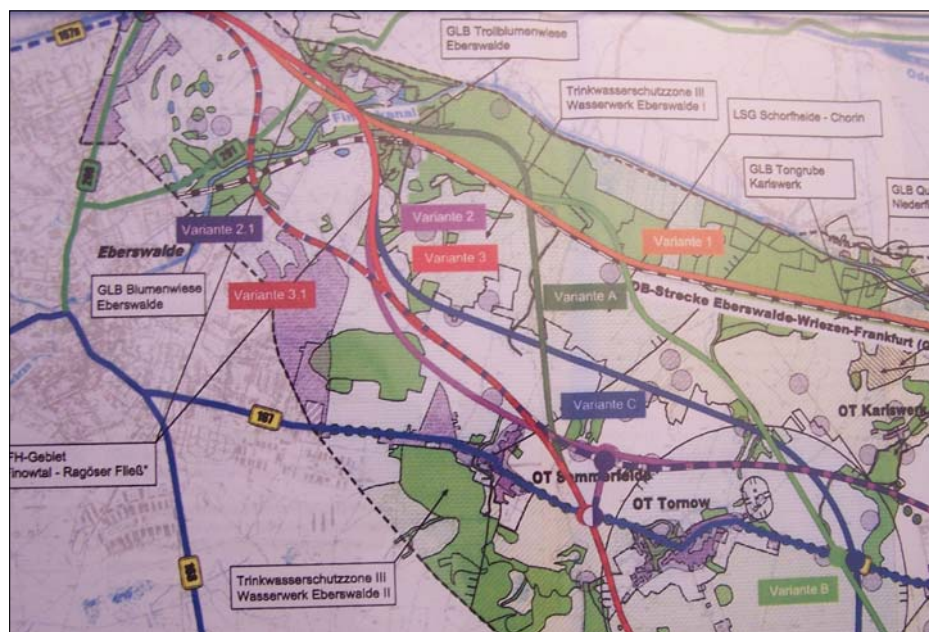
## Diese Planungen gehören in den Papierkorb

In der Edition Chorin Nr. 4 steht folgendes. Die Aussagen sind schon etwas älter, haben ihre Bedeutung aber bis heute nicht verloren. Ich zitiere: »Da die Straßen die Siedlungen miteinander verbinden, gibt es auch nur dort Straßen, wo Siedlungen existieren, auch Fernstraßen meiden so weit es wie möglich unbesiedeltes Gebiet... Durch sein ökonomisches und politisches Interesse nahm der Landesherr Einfluß auf die Wegeführung.«

Aus meiner Sicht gilt immer noch das, was die Stellungnahme der Stadt vom November 2007 enthält. Auf die Anfragen und Forderungen der Stadt ist der Landesbetrieb Straßenwesen in keiner Weise eingegangen. Deshalb hat mich das Verhalten von sechs Stadtverordneten auf der Sitzung des Ausschusses Bau, Planung, Umwelt am 9. Dezember, als es um die erneute Stellungnahme der Stadt zum Raumordnungsverfahren (ROV) B167-neu ging, schon verwundert. Denn Fakt ist doch eines, gleich wie die Stadtverordnetenversammlung und nachfolgend die Stadtverwaltung zu diesem ROV Stellung nehmen, über 90 Prozent des nach Eberswalde fließenden Straßenverkehrs ist Quell- und Zielverkehr.

Das heißt konkret, Fahrzeuge aller Art fahren zum Großteil nach Eberswalde, um Waren anzuliefern oder abzuholen oder den Ort – aus welchen Beweggründen auch immer – zu besuchen. Nur ein geringer Teil des Verkehrs will weiter in Richtung Bad Freienwalde.

Es muß demzufolge ernsthaft über eine Variante nachgedacht werden, welche den Straßenverkehr in Eberswalde selbst entlastet. Zum Beispiel eine Umgehung durch den Schel-



Bei allen vorgeschlagenen Varianten der B167neu, 2. BA, bleibt die Hauptforderung der städtischen Stellungnahme nach einer »verkehrswirksamen östliche Umfahrung« der Innenstadt unerfüllt. Dennoch votierte eine Mehrheit der Stadtverordneten für die »Variante C«.

lengrund mit einer Verbindung zur Angermünder Straße.

Immer wieder gibt es in der lokalen Presse auch Lesermeinungen zu diesem Projekt, so u.a. eine am 15.12. in der MOZ, welche sich diese vorgelegte Planung seit Jahren in den Papierkorb wünscht. Und da sollte sie auch hingehören.

Nachdem ich aus dem Infrastrukturministerium des Landes Brandenburg 42 Tage nach meinem Brief an Herrn Minister Dellmann ei-

nen lapidaren Brief irgend einer untergeordneten Mitarbeiterin mit falschen bzw. fachlich unrichtigen Antworten erhalten habe, konnte ich im Juli 2008 nur noch den Bundesrechnungshof über diese Steuergeldverschwendung in Kenntnis setzen. Übrigens habe ich von der Außenstelle in Potsdam zeitnah eine Antwort erhalten!

HANS-JÜRGEN MÜLLER,  
sachkundiger Einwohner  
im Ausschuss Bau, Planung und Umwelt

# Das Geld der Bürger

*Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2009 der Stadt Eberswalde*

Der Stadthaushalt ist der konzentrierte Ausdruck der herrschenden Politik, also der Politikerer, die einen bestimmenden Einfluß auf die Kommunalpolitik haben. Zum Haushaltplan 2008 gab es keine Gegenstimmen. Entsprechend der Haushalt 2008 den politischen Zielen aller Abgeordneten? Die behauptete These, daß in der Kommunalpolitik kein Platz für Parteienpolitik ist, schien sich zu bestätigen. Aber auch die Sachentscheidungen in der Kommunalpolitik werden von den politischen Zielen der Parteien bzw. Wahlträger bestimmt. Einstimmigkeit zum Haushalt dürfte es folglich nur geben, wenn die politischen Ziele aller politischen Kräfte in der StVV identisch sind.

Gemessen an meinen politischen Zielen kann der Haushaltsentwurf 2009 nicht befriedigen. Eine umfassende Analyse der im Stadthaushalt widerspiegelten Kommunalpolitik ist an dieser Stelle nicht möglich. Deshalb nur zu einigen wichtigen Aspekten.

Zunächst möchte ich feststellen, daß es das Geld der Bürger ist, über das mit der Haushaltssatzung verfügt wird. Daraus leite ich ab, daß das Geld auch zum Wohle der Bürger und entsprechend dem Bürgerwillen eingesetzt werden muß. Mit dem Bürgerhaushalt, auf Anregung des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde eingeführt, wurde ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Noch aber haben die Bürger kaum Einfluß auf die Haushaltspolitik. Der Umgang mit dem Bürgerhaushalt 2009 stellt gegenüber dem Vorjahr keinen Fortschritt dar. Gegenstand des Bürgerhaushalts 2008 und 2009 sind z.B. Straßenausbaumaßnahmen in den Ortsteilen Finow, Nordend und Ostend. Bis heute ist nicht bekannt, welche Straßen für den Ausbau 2009 vorgesehen sind. Demzufolge konnte bis heute auch noch keine Bürgerbeteiligung dazu anlaufen.

Entgegen bisheriger Planungen wurde inzwischen ein Ausbau der Wasserturmstraße beschlossen, der das Umfeld des Wasserturms und des Sportplatzes verschandelt, zu Flächenverbrauch und -versiegelung und Baumrodungen führt und vor allem unverträglich hohe Kosten verursacht. Die Kosten spielen aber in der städtischen Planung keine Rolle, wenn das Land mit hohen Prozentsätzen fördert. Aber auch das sind letztlich Steuergelder, also das Geld der Bürger. Die Mehrkosten der jetzt beschlossenen Ausbauvariante von 100 TEuro sind eine glatte Fehlinvestition.

Das Geld der Bürger findet sich auch in den kommunalen Unternehmen. Der Umgang damit ist dem Blick der Bürger weitgehend entzogen. Eine Lockerung der Geheimhaltungspflicht der städtischen Vertreter in den Aufsichtsräten dieser Unternehmen scheiterte bisher an der Zustimmung durch die StVV. Die Ergebnisse dieser Unternehmen haben jedoch einen nicht unwesentlichen Einfluß auf den

Stadthaushalt. So hätten beispielsweise die TWE ca. 700 TEuro Gewinne aus den restlichen 26 % Stadtwerkeanteile erzielt (26 % der Stadtwerkegewinne von 2,8 Mio Euro 2006 und von 2,4 Mio Euro 2007), wenn diese nicht verkauft worden wären. Nun drohen der Stadt jährliche Verluste der TWE. Wenn deren Vermögen aus dem Anteilsverkauf aufgezehrt ist, werden die Verluste aus dem Eberswalder Spaßbad den Stadthaushalt unmittelbar belasten. Ein Konzept zur weiteren Entwicklung der TWE muß schnellstens auf den Tisch.

Leider sind die weiterführenden Schulen in Eberswalde der städtischen Haushaltspolitik zum Opfer gefallen. Der Landkreis hat mit der Übernahme der weiterführenden Schulen auch die Bindung der Schulen an die Ortsteile aufgehoben und investiert in zwei Schulkombinate. Die Schulobjekte wurden dadurch entwertet. Innerhalb eines Jahres wurden mit der Oberschule Finow und der A.-Einstein-Oberschule im Brandenburgischen Viertel zwei Schulen abgerissen. Mit dem Haushalt 2009 wird der Abriß eines dritten Schulgebäudes (Schwäzeseeschule) vorbereitet. Eine Kommunalpolitik, die sich aus pekuniären Gründen von den weiterführenden Schulen verabschiedet und eine Schule nach der anderen abreißt, kann ich nicht akzeptieren. Über einen ungebrochenen Run zur Gründung neuer Privatschulen muß sich da keiner wundern...

Finow braucht ein Ortsteilzentrum. Die Konzentration auf die Entwicklung des Stadtzentrums darf nicht länger zu Lasten des Ortsteils Finow gehen. Vom Haushalt 2009 ist in dieser Richtung jedoch nichts zu erwarten. Einzelmaßnahmen, wie der geplante Kinderspielplatz neben der Grundschule sind in dieser Hinsicht sogar kontraproduktiv. Die positiven Denkmalschutzmaßnahmen in der Messingwerksiedlung können kein Ersatz für die Entwicklung des Ortsteilzentrums sein.

Von der Telekomstraße und der Flugplatzentwicklung sollte sich die Stadt schnellstens verabschieden.

Daß die Stadt vom Landkreis einen Beitrag zur Finanzierung des Zoo erwartet, unterstütze ich voll und ganz, denn die Existenz des Zoo muß auf Dauer gesichert werden. Ich gehe aber davon aus, daß beim Betrieb des Zoo jederzeit der Grundsatz der strengsten Sparsamkeit beachtet wird.

Ich bin mir darüber im Klaren, daß heute nicht der Tag ist, an dem über neue und wichtige Änderungsvorschläge diskutiert und beschlossen werden kann. Aber meine Meinung zum Haushalt und damit die Begründung für mein Abstimmungsverhalten wollte ich Ihnen doch sagen und nachdenken sollte Sie darüber schon.

ALBRECHT TRILLER, Fraktion  
»Die Fraktionslosen« in der StVV Eberswalde

## Die Fraktionslosen

Nachdem nun fast ein Vierteljahr seit der Kommunalwahl vergangen ist, haben drei bisher fraktionslose Stadtverordnete die Bildung einer Fraktion mitgeteilt. Die Bildung der Ausschüsse ist gerade abgeschlossen worden und die StVV damit voll handlungsfähig. Nun muß erneut über die Besetzung der Ausschüsse und der weiteren Gremien befunden werden. Die Reaktionen darauf werden unterschiedlich sein. Aber die anderen Fraktionen werden akzeptieren müssen, daß sich die fraktionslosen Stadtverordneten um die Verbesserung ihres rechtlichen Status' in der StVV und ihren Ausschüssen bemühen.

Leider ist es so, daß die fraktionslosen Abgeordneten gegenüber den fraktionsgebundenen deutlich benachteiligt sind. In der Begründung der Kommunalverfassung ist die Rede von »Privilegierungen, die die Kommunalverfassung den Fraktionen gewährleisten«. Sie sieht diese Privilegien dadurch gerechtfertigt, daß Fraktionen eine Bündelungsfunktion in der Vorbereitung und Strukturierung des Willensbildungsprozesses der Gemeindevertretung haben. Als Privilegien nennt die Begründung der Kommunalverfassung

- die Möglichkeit der Fraktionsfinanzierung durch die Gemeinde und vor allem
- das Recht nach § 35 Abs. 1, Beratungsgegenstände auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

Die Privilegien der Einen sind die Benachteiligungen der Anderen. Die Fraktionslosen werden in ihren Möglichkeiten der politischen Wirksamkeit beschnitten. Hinter den benachteiligten Fraktionslosen stehen aber auch deren Wähler, die damit ebenfalls benachteiligt werden. Bei vier fraktionslosen Stadtverordneten in der StVV Eberswalde werden immerhin 11 % der Volksvertreter ausgegrenzt. Es dürfte daher verständlich sein, daß die Fraktionslosen nach Überwindung der Nachteile strebten.

Darauf waren Vorschläge in den ersten beiden StVV-Sitzungen gerichtet. Verwaltung und StVV-Mehrheit sahen nicht die Möglichkeit, den Fraktionslosen Rederecht in den Ausschüssen einzuräumen oder sie an den Fraktionsgeldern zu beteiligen. Der Weg der Entscheidung in die Ausschüsse führt nicht an den Fraktionen vorbei. Auch ein Versuch, andere Stadtverordnete für solidarisches Handeln mit den Fraktionslosen zu gewinnen, scheiterte.

In der Konsequenz dessen haben sich nun drei fraktionslose Stadtverordnete zur Fraktion »Die Fraktionslosen« zusammengeschlossen. Diese Fraktion ist kein monolithischer Block. Sie ist nicht das Ergebnis des Zusammengehens zweier Wahlträger, sondern einer Vereinbarung von drei Fraktionslosen, die der Wille eint, eine größtmögliche politische Wirksamkeit im Interesse ihrer Wähler zu erreichen. Die neue Fraktion ist bereit, mit allen Stadtverordneten eine konstruktive Zusammenarbeit zu pflegen.

ALBRECHT TRILLER, Fraktion  
Die Fraktionslosen in der StVV Eberswalde

## Sieben Sommersprossen...

... weiter bin ich mit dem Zählen noch nicht gekommen.«, so der Hauptdarsteller Robert in dem vor 30 Jahren in der DDR zum Kultfilm gewordenen Jugendfilm »Sieben Sommersprossen«. Das Publikum genoß am Anfang den kleinen Ausschnitt aus dem Film. Das Szenarium schrieb Christa Kozik. Und sie war es, die die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) am 1. Advent in ihrer Talkrunde »Offene Worte« im Treff 23 ganz herzlich begrüßte.



Aus Schlesien geflüchtet, verschlug es die Familie 1945 nach Thüringen. Ganz besonders erinnert sich Kozik an die Dorfschule, ihren Lehrer und den honiggelben Schrank mit der Schul- und Dorfbibliothek. Da entstand ihre Liebe zum Buch. Mit dem Gedicht »An die Mädchen unter 17« zum ersten Potsdamer Lyrikabend wurde sie 1962 entdeckt. Kozik schreibt Kinderbücher, Kinder- und Jugendfilme, Hörspiele, Gedichte und Geschichten. Warum gerade für Kinder und Jugendliche, wollte Enkelmann wissen. »Kinder sehen die Welt noch mit drei Augen. Das dritte Auge gibt ihnen den bunten Blick«, erläutert Kozik. »Moritz in der Litfaßsäule« oder »Ein Schneemann für Afrika« zeigen, wie Christa Kozik auf einfühlsame Art und mit Hilfe von Phantasiegestalten Kinder motiviert, zu ihren Gefühlen zu stehen und zu sich selbst zu finden.

Die Nachwendzeit hat Christa Kozik als persönliche Katastrophe erlebt. Sie hatte Zusammenbrüche, sie ist krank geworden, sie verlor ihre Arbeit, ihr Haus beanspruchte ein Alteigentümer, ihre Bücher wurden als unverkäuflich eingestampft. »Das Vorlesen hilft mir, zu überleben«, zieht sie Bilanz. Zum Abschluß liest Christa Kozik das Gedicht »Die Venus aus dem Osten« und erntet viel Beifall.

BÄRBEL MIERAU

### Beratung für Kriegsdienstverweigerer mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum  
»Wege zur Gewaltfreiheit«,

16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Dokumentiert:

## »Markmann bagatellisiert Bürgerstiftung«

Gerd Markmann wirft der Bürgerstiftung vor, den Faschismus zu bagatellisieren, indem sie in ihrem Demokratiewettbewerb durch eine Themenaufzählung Nationalsozialismus und DDR gleichsetze (vgl. »Bürgerstiftung bagatellisiert Faschismus, BBP 10/2008). Ist ein solches Verhalten dumm oder böseartig? Markmann protestiert als Gründungsmitglied der Bürgerstiftung. Als solcher ist er ein Teil von uns, die wir gemeinsam die Bürgerstiftung gegründet haben. Zum Konzept der Stiftung gehört weder der Austritt noch der Ausschluß. Man wird einander nicht mehr los. Auch eine Sammelbüchse, herübergereicht, um ihn auszuzahlen, würde das Problem nicht lösen.

Deshalb bleibt nur die Auseinandersetzung. Zu fragen ist, was macht dumm, wenn dem nicht ein Mangel an Intelligenz zugrunde liegt – und was macht böseartig. Die Erfahrung zeigt: Angst macht dumm. Aber wovor sollte Markmann Angst haben? Er sagt es uns ja selber. Er scheut den Vergleich. Nationalsozialismus und DDR soll man nicht vergleichen. Ja, warum denn nicht? Ein Vergleich führt zur Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden. Entscheidend sind die Inhalte. Die deutsche Demokratie braucht weder den Vergleich mit der DDR noch dem Nationalsozialismus zu scheuen. Aber was genau scheut Markmann? Er müßte es uns schon sagen, statt zu versuchen, Denkverbote zu fabrizieren. DIE Firma gibt es nicht mehr. Mein Eindruck ist, Markmann braucht den Faschismus zur Konservierung des Konstrukts »antifaschistisches Bündnis«, bei dem die Befassung mit der DDR-Diktatur ausgeblendet wird. Die Bürgerstiftung steht aber für ein Bündnis der Demokraten. Das schließt niemanden aus, der sich zur Demokratie bekennt, aber nicht um den Preis des Verzichts auf die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur. Weder Antifaschismus noch Antikommunismus begründen für sich genommen eine demokratische Kultur und eine zukunftsfähige Gesellschaft. Das zeigt auch das Scheitern der DDR. Wer sich den Lebenslügen seiner Geschichte nicht stellt, muß versuchen, andere zu verdummen und erweckt

am Ende selber den Eindruck, er sei dumm und/oder böseartig.

Bürgerstiftung und Markmann werden einander nicht mehr los. Das mag auch sein Gutes haben. Die Geschichte werden wir auch nicht los. Aber Markmann sollte einsehen, daß er sich in uns geirrt hat. Wir werden niemals DDR und Nationalsozialismus gleichsetzen. Aber wir haben auch mit der Amadeu-Antonio-Stiftung den lange tabuisierten Antisemitismus in der DDR zum Thema gemacht. Die Herausbildung einer demokratischen Kultur, die nicht nur bei Verteilung wachsenden Wohlstands funktioniert, braucht die Auseinandersetzung mit der Diktatur – und zwar vor allem auch mit jener, in der viele noch gelebt und die nicht wenige als Diktatur gar nicht wahrgenommen haben wollen. Die DDR ist ohne den Nationalsozialismus überhaupt nicht zu verstehen, weder ihre Gründung noch ihr Scheitern. Insofern ist die Auseinandersetzung mit der gesamten jüngeren deutschen Geschichte nicht ein einmaliger Fehltritt, sondern Programm. Und eben keine versehentliche Bagatelle, wie er letztendlich hofft. Deshalb wird sich die Bürgerstiftung im kommenden Jubiläumsjahr »20 Jahre Revolution und Mauerfall« mit dem Erbe dieser Revolution und dem Erbe des SED-Staates befassen.

Wie sehr sich Markmann sonst noch geirrt hat, das zu erkennen und zu beurteilen ist seine Sache. Aber niemand braucht sich von Gründungsmitglied Markmann davon abhalten zu lassen, selbst Stifter der Bürgerstiftung zu werden, um damit die Fortführung auch dieser Arbeit zu sichern.

GERHARD POPIEN, Stellvertretender Vorsitzender der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark

Vorstehenden Beitrag verbreitete G. Popien am 21. November 2008 auf der Festveranstaltung zur Verleihung des »Förderpreises für Demokratie« an die Stadt Biesenthal. Dabei hielt er es nicht für notwendig, den von ihm kritisierten Autor über seine Kritik zu informieren. Dieser erfuhr erst von Besuchern der Veranstaltung von dem Popien-Schreiben. Dankenswerterweise stellte die Geschäftsführung der Bürgerstiftung dann auf Anfrage den Text zur Verfügung. (siehe Seite 7)

## Kein Entgegenkommen

Eberswalde (bbp). Bewohner der August-Bebel-Straße gründeten eine Bürgerinitiative, um gemeinsam ihren Protest gegen das veränderte Parkraumbewirtschaftungskonzept zu artikulieren. In der November-StVV nutzte Yvonne Michalke von der Bürgerinitiative gegen den Ausbau des Eichwerder Rings, um ihre Solidarität mit den Bewohnern der August-Bebel-Straße zu bekunden. »Ist es möglich«, fragte sie die Stadtverwaltung, »der BI August-Bebel-Straße insofern entgegenzukommen, indem die Parkzeit in diesem Gebiet von Montag bis Freitag begrenzt wird, da das Ärztehaus samstags nicht ar-

beitet? Die Anlieger müßten dann nicht samstags ihre vor der Haustür geparkten Autos wegfahren.«

Baudezernent Dr. Gunther Prüger machte klar, daß kein Entgegenkommen zu erwarten sei. Die Frage erübrige sich, ließ er wissen, da die StVV im November das Parkraumbewirtschaftungskonzept ohne Änderung beschlossen habe. Dr. Prüger ergänzte, »wie auch schon bei der bisherigen Parkraumbewirtschaftung ist die Verwaltung aber aufgefordert worden, nach einem Jahr über die Umsetzung, damit verbundene Probleme und eventuell zu ergänzende oder zu ändernde Maßnahmen zu berichten«.



## Stalinistische Verhaltensmuster im Umgang mit Kritik

Bei dem nebenstehenden Text des stellvertretenden Vorsitzenden der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark Gerhard Popien handelt es sich nicht um eine offizielle Vorstandserklärung, stellte der Geschäftsführer der Stiftung André Koch klar. Der Vorstand sei sich einig gewesen, die in der Oktoberausgabe der BBP geäußerten »Unterstellungen« zurückzuweisen. Dabei hätten die Vorstandsmitglieder unterschiedlich reagiert. Die Schattierungen reichten von Enttäuschung, über Entsetzen bis hin zu deutlich artikulierter Wut. Der Vorstand einigte sich darauf, nicht mit einem Beitrag in der Bürgerpost zu reagieren. Der stellvertretende Vorsitzende Gerhard Popien verlieh seiner Wut allerdings dennoch auch in schriftlicher Form Ausdruck. Nachfolgend die (gekürzte) Stellungnahme, die Gerd Markmann an den Vorstand der Bürgerstiftung sandte.

Daß der Vorstand meine Wertung nicht teilt, kann ich natürlich akzeptieren. Aber ich hatte ja, vielleicht ist das untergegangen, auch geschrieben, daß ich das Ganze für einen Vauxpas halte. Es war – das unterstelle ich – keine Absicht, Nazideutschland und die DDR gleichzusetzen und damit den Faschismus zu bagatellisieren. Aber die betreffende Formulierung ist nunmal in den Ausschreibungstext hineingeraten – vielleicht, weil der Text unkritisch aus irgendwelchen Förderprogrammen des Schönbohm-Ministeriums übernommen wurde. Ihr habt das Konfliktpotential dieser Formulierung offenbar nicht bemerkt.

Statt als Themen bspw. zu formulieren: 1. Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, 2. Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur, 3. Auseinandersetzung mit der Diskriminierung von Menschen in der BRD etc., wurde zwar bei den verschiedenen aktuellen Themen differenziert – aber Faschismus und DDR in einen Topf geworfen. Und genau das ist nach meiner Meinung eine Gleichsetzung von Hitlerfaschismus und DDR. Und eine solche Gleichsetzung stellt in meinen Augen eine Bagatellisierung des Faschismus dar..

Es geht konkret um folgende Fragen:

1. Handelt es sich bei der zusammenfassenden Formulierung »Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der DDR-Diktatur« um eine Gleichsetzung von Faschismus und DDR?
2. Stellt die Gleichsetzung von Hitlerfaschismus und DDR eine Bagatellisierung der Verbrechen des deutschen Faschismus dar?
3. Werden durch eine Gleichsetzung von Hitlerfaschismus und DDR die Menschen, die in der DDR gelebt und für die Verwirklichung ihrer Ideale gearbeitet haben, pauschal denunziert und beleidigt?
4. Wird dadurch eine objektive Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte unmöglich gemacht?

5. Bietet die Gleichsetzung von Hitlerfaschismus und DDR einen Nährboden für demokratiefeindliches, rassistisches und faschistisches Gedankengut?

Ich habe diese Fragen in dem kritisierten Beitrag mit JA beantwortet. Wobei sich die weiteren Fragen erst mit dem JA auf die 1. Frage ergeben. Inwieweit damit der Bürgerstiftung irgendetwas unterstellt, oder diese gar diffamiert wird, leuchtet mir im übrigen nicht ein. Denn den Ausgangssachverhalt, die Formulierung »Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der DDR-Diktatur« habe ich doch richtig zitiert, oder?

Für die praktizierte Art, Erklärungen in der Öffentlichkeit zu verbreiten, sind die Bürgerstiftung und ihr Vorstand nicht verantwortlich. Das nehme ich mit Erleichterung zur Kenntnis. Es bleibt nun für mich die Frage, wieso das Vorstandsmitglied Gerhard Popien es als nötig erachtete ÜBER mich zu diskutieren, statt MIT mir..

Nachfolgend will ich mich auch kurz zu den Inhalten der Erklärung von Gerhard Popien äußern. Er gehörte vermutlich zu jenem Teil des Vorstandes, der mit »deutlich artikulierter Wut« auf meinen Artikel in der »Barnimer Bürgerpost« reagiert hatte. Anders kann ich mir die Entgleisungen, die vor persönlicher Beleidigung nicht halt machen, nicht erklären..

Herrn Popien schlage ich zunächst vor, mal seinen Text zu analysieren. Darin offenbaren sich Verhaltensmuster im Umgang mit Kritik, die ich zu DDR-Zeiten (und auch danach) oft genug erlebt habe und die ich als stalinistisch charakterisiere.

Zu diesem Verhaltensmuster gehört, daß zunächst die kritikübende Person als solche herabgewürdigt wird. Gerhard Popien verwendet die Eigenschaften »dumm oder böseartig« in direktem Bezug mit meiner Person. Auch das Honecker'sche »Denen weinen wir keine Träne

nach« findet sich in dem Diskurs wieder, in dem er über die Möglichkeiten meines Rausschmisses aus der Bürgerstiftung räsoniert.

Zum üblichen stalinistischen Umgang mit Kritik gehört auch das von Gerhard Popien benutzte Verfahren, die Aussagen des Kritikers zu »verbessern«.

Ich hatte die Gleichsetzung von Hitlerfaschismus und DDR kritisiert. Das macht Gerhard Popien daraus: »... Markmann ... scheut den Vergleich. Nationalsozialismus und DDR soll man nicht vergleichen.« So verdreht Herr Popien mir das Wort im Munde. Um dann nicht etwa aus meiner Aussage, sondern aus der Wortverdrehung heraus seine weitere Polemik zu entfalten. Eine Polemik, die – weil die Grundlage falsch ist – völlig in die Irre geht.

Hätte Gerhard Popien sich die Mühe gemacht, meinen Artikel in der »Barnimer Bürgerpost« tatsächlich aufmerksam zu lesen, wäre ihm die Unsinnigkeit seiner Schlußfolgerungen aufgefallen. So schreibt er: »Mein Eindruck ist, Markmann braucht den Faschismus zur Konservierung des Konstrukts 'antifaschistisches Bündnis', bei dem die Befassung mit der DDR-Diktatur ausgeblendet wird.« Dabei hatte ich in meinem Beitrag gerade die »objektive Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte, mit den Fehlern, den Versäumnissen und zum Teil Verbrechen« angemahnt.

Schließlich kommt Gerhard Popien zu der Aussage: »Aber Markmann sollte einsehen, daß er sich in uns geirrt hat. Wir werden niemals DDR und Nationalsozialismus gleichsetzen.«

Es ist schön, diese Absichtserklärung zu hören. Leider ist die Realität eine andere. Diese Gleichsetzung durch die Bürgerstiftung hat es schon gegeben. Sicherlich unbeabsichtigt.

Es bleibt zu hoffen, daß der aktuelle Streit dazu beiträgt, daß der Bürgerstiftung so etwas künftig nicht mehr passiert.

GERD MARKMANN

10 Jahre Amadeu-Antonio-Stiftung:

## Glückwünsche von der Stasi-Beauftragten

**Berlin (mut/bbp).** Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Amadeu Antonio Stiftung hat die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Marianne Birthler, einen ganz besonderen Glückwunsch geschickt. Die Amadeu-Stiftung, schreibt Birthler, habe eine wichtige Funktion im Engagement für eine demokratische Kultur und gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Ihr sei es gelungen, mit

ihrem Arbeits- und Wirkungsschwerpunkt in den neuen Bundesländern die Zivilgesellschaft insgesamt zu stärken. Allmählich entstehe ein Klima von Toleranz und Mitgefühl gegenüber Fremden und Minderheiten. »Ich kann aus eigener Erfahrung sagen«, so die Stasi-Beauftragte, »daß hier die jahrzehntelange Abwesenheit von Demokratie und Freiheit aus den Zeiten der ehemaligen DDR weiterhin Schatten wirft«. Neben vielen Aktivitäten und Projekten gegen Frem-

denfeindlichkeit und Rechtsextremismus, die in den ersten Jahren die Arbeit der Stiftung prägten, hebt Marianne Birthler vor allem das Engagement gegen Antisemitismus als besonders verdienstvoll hervor. »Gegen massive Widerstände seitens derer, denen nicht an geschichtlicher Aufarbeitung und Infragestellen einfacher Weltbilder liegt, hat die Amadeu-Stiftung das tabuisierte Thema des Antisemitismus auf die Agenda gesetzt.«

Eingeladen hatte zu dieser Versammlung der Vorsitzende des Bundesvorstandes der Freien Wähler (Bundesverband), Herr Armin Grein. Jedoch gingen Einladungen lediglich an Mitglieder der Listenvereinigung von BVB/50Plus raus, obwohl auf der Einladung stand: »An alle unabhängigen und freien Wählergemeinschaften im Land Brandenburg«. Die beiden unabhängigen Bürgerbewegungen aus Potsdam und aus Eberswalde erfuhren nur aufgrund eigener Kontakte zum Bundesvorstand von dieser Versammlung und wurden somit eingeladen. Die Eberswalder luden darauf hin noch einige andere unabhängige Bürgerbewegungen auf eigene Faust kurzfristig per Email ein (u.a. »Plan B« aus Zossen, AUB Cottbus).

Der Bundesvorstand hatte in der Mittagspause die gesamte Brandenburger Presse zu einer Pressekonferenz eingeladen. Erschienen ist ein Team von Eberswalde TV.

Wie wir erst Stück für Stück herausfinden konnten, wurde diese Veranstaltung gezielt von den Drahtziehern bei BVB/50Plus gesteuert, über Einflußnahme auf den Bundesvorsitzenden. Leider auch mit Hilfe eines »Maulwurfs« aus Eberswalde, der vor zwei Wochen aus unserem Verein ausgeschlossen wurde.

Ursprünglich war die Veranstaltung sogar direkt von BVB/50Plus in einem anderen Hotel (Hotel Hoppegarten) geplant – dies hatten die Freien Wähler Eberswalde kurzfristig verhindern können. Auf der Versammlung stellte sich folgende Situation dar: Eingeladen waren nur

Die Helferinnen und Helfer des Eberswalder Ortsverbandes des Technischen Hilfswerks (THW) blicken auf ein aufregendes Jahr zurück. Dreimal rückten sie gemeinsam mit den Feuerwehren zu Brandeinsätzen aus, wo sie die Einsatzstellen ausleuchteten oder die Einsatzkräfte verpflegten, wie beim Reifenlagerbrand im Eberswalder Nordend. Übungen, der Jugendwettkampf in Trier sowie die im Bau befindliche Erweiterung der Fahrzeughalle hielten die Ehrenamtler ebenso in Atem.

Die rund 60 Mitglieder des Ortsverbandes verbrachten viel Zeit im THW. Im Schnitt investierte jeder aktive Helfer rund 240 Stunden in Ausbildungen, Übungen und Einsätze - das sind rund 30 Arbeitstage. Diese Daten präsentierte der Ortsbeauftragte Mirko Wolter auf der Weihnachtsfeier, zu welcher auch Feuerwehrchef Nikolaus Meier begrüßt werden konnte. Die Zahlen zeigen, wie interessant das THW für seine Mitglieder ist.

Wie immer sind neue ehrenamtliche Mitglieder gerne gesehen. Insbesondere Köche und Unterstützer für die Jugendarbeit werden gesucht. Aber auch alle anderen Frauen und Männer, die mit netten Leuten interessante Aktionen und Kameradschaft erleben wollen, sind beim THW Eberswalde genau richtig!

Die Ehrenamtler trainierten im vergangenen Jahr ihre Fähigkeiten in der Führung und Kommunikation und der Rettung von Personen, beispielsweise in einem verrauchten Berliner

Zur Gründung des »Landesverbandes der Freien Wähler in Brandenburg«:

## »Von Drahtziehern bei BVB/50Plus gesteuert«

**Wir, die Freien Wähler Eberswalde e.V. und das BürgerBündnis freier Wähler e.V. Potsdam haben an dieser Gründungsveranstaltung in Chorin teilgenommen und die Veranstaltung nach der Mittagspause unter Protest verlassen. An der Gründung und der Wahl des kommissarischen Vorstandes waren wir nicht beteiligt.**

die BVB/50Plus-getreuen Bürgerbewegungen, mit Adreßlisten der BVB/50Plus-Führungsriege (Liste liegt vor). Es war der größte Teil der Bürgerbewegungen Brandenburgs überhaupt nicht eingeladen. Hier sollten, mit dem Vorwand der Dringlichkeit der anstehenden Landtagswahlen, Tatsachen geschaffen werden. Anwesend waren Vertreter aus 6 Landkreisen und 2 kreisfreien Städte (MOL, BAR, LOS, OHV, TF, LOS, Potsdam, Brandenburg/Havel). Nachdem der Bundesvorsitzende bemerkte, daß die Versammlung von BVB/50Plus dominiert wurde, schlug er vor, zunächst eine Arbeitsgruppe zu bilden. Dies gab er auch in seiner Presseerklärung gegenüber Eberswalde TV bekannt.

Nach der Mittagspause wurden die Einwände von Herrn Grein und auch den Potsdamern und Eberswaldern, zunächst alle Bürgerbewegungen auch einzuladen, nicht nur BVB/50Plus, aggressiv weggewischt. Die Potsdamer und die Eberswalder haben die Veranstaltung daraufhin unter Protest verlassen.

Die BVB/50Plus »übrumpelte« dann den Versammlungsleiter und bestimmte die Wahl eines kommissarischen Vorstandes. Unsere vor Ort

geäußerte Vermutung, daß hier der Eindruck entsteht, daß die BVB/50Plus durch Übernahme des Landesverbandes und des Namens »Freie Wähler« ihr Image aufpolieren wollen, wurde lautstark und empört als böse Unterstellung und »Pressegläubigkeit« honoriert. Uns stellt sich die Frage, warum eine bestehende Brandenburger Listenvereinigung den Namen »Freie Wähler« haben will?

Die Eberswalder hatten sich bereits während der Kommunalwahl von einigen Personen der BVB/50Plus in einer Presserklärung distanziert. Die BVB/50Plus hatte bereits vor der Gründungsveranstaltung am 06.12.2008 alle Brandenburger Bürgerbewegungen nach Groß Köris eingeladen. Dort soll am 14.12.08 eine Versammlung stattfinden und um 17 Uhr der Vorstand des neu gegründeten Landesverbandes erweitert und gewählt werden.

Der Bundesvorstand ist von uns über alle Hintergründe informiert worden.

Die Freien Wähler Eberswalde e.V. distanzieren sich ausdrücklich von dem neu gegründeten Landesverband.

HEIKE ECKE, Vorstandsvorsitzende  
Freie Wähler Eberswalde e.V.

## Ein spannendes Einsatzjahr



Das THW gab während des Einsatzes auf dem Reifenlager im Eberswalder Nordend mehrmals Verpflegung an die Feuerwehren aus.

U-Bahn-Tunnel. Und sie halfen bei der Absicherung des Eberswalder Stadtlaufs und stellten gemeinsam mit der Eberswalder Feuerwehr ein Laufteam. Davor und danach erlebten sie noch viele weitere Aktionen.

Die Mitglieder der Jugendgruppe waren im Sommer in Trier, um gemeinsam mit Luckenwalder Jugendlichen gegen Vertreter der 15 anderen Bundesländer in einem Wettkampf anzutreten. Sie mußten Personen retten und Brücken bauen und erreichten einen guten 12. Platz. »Durch die tolle Atmosphäre war dies eine

besondere Erfahrung für alle Beteiligten«, erinnert sich Jugendbetreuerin Christina Nakonz.

»Weil viele Fahrzeuge des Ortsverbandes seit Jahren im Freien stehen, wurde der Hallenanbau dringend benötigt«, kommentiert Mirko Wolter, Ortsbeauftragter, die Bauarbeiten, die vor einigen Wochen begonnen haben. Der Vermieter des Gebäudes baut, und damit verbessern sich auch die Möglichkeiten der Helferinnen und Helfer. Die Verpflegungstruppe hat mehr Platz für ihre Feldküche, und es gibt separate Räume für die Lagerung von Material.

Beim diesjährigen Jahresabschluß gab es Auszeichnungen: die Medaille des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Dank und Anerkennung für den Einsatz anlässlich des G8-Gipfels 2007 erhielten: Matthias-Rene Dachner, Michael Demke, Matthias Dräger, Stefan Förder, Uwe-Robert Glitz, Veit Göritz, Alexander Heinz, Sascha Henkel, Arne Hildebrandt, Daniel Kurth, Sergej Matis, Marcel Szendzielorz und Dirk Wagner.

Die zur Zeit rund 60 ehrenamtlichen Helfer des Ortsverbandes Eberswalde werden kontinuierlich ausgebildet und können Personen retten, Strom in das Stromnetz einspeisen, Verpflegung für mehrere hundert Menschen bereitstellen oder Bergungsarbeiten durchführen.

STEFAN FÖRDER



## Ist der Kanal in der Dorfstraße die Zukunft?

**Natürlich haben Abwassersammelgruben, die regelmäßig mobil entleert werden müssen, keine Zukunft. Diese Methode der Abwasserbeseitigung – so heißt das im Amtsdeutsch – ist energetisch, wirtschaftlich, wasserwirtschaftlich und ökologisch der Stand von vorgestern. Aber auch die Kanalsorgung ist nicht moderner, nur bequemer. Aber alles in allem noch teurer. Bedrückend und bestürzend sind die Methoden, mit denen der ZWA Eberswalde nach wie vor die Kanalerschließung auch kleiner Dörfer vorantreibt. Der Beitrag dazu in der MOZ vom 21.11.2008 dokumentiert, daß sich diesbezüglich in den letzten 15 Jahren nichts, aber auch gar nichts geändert hat.**

Die immer gleiche Masche beginnt damit, daß ZWA und Amtsverwaltung grundsätzlich festlegen, daß kanalisiert wird und dann geht man an die Umsetzung dieser Festlegung. Das Zauberwort hier heißt Abwasserbeseitigungskonzept. Darin spielt das gesetzliche Gebot zum sparsamen, nachhaltigen Umgang mit Wasser üblicherweise keine Rolle. Ökologische Gesichtspunkte ordnet der ZWA seiner Einnahmesituation unter. Das Argument, wie oft behauptet, daß die EU-Richtlinien die Kanalerschließung auch in kleinen Dörfern fordern, entbehrt jeder Grundlage. Trotzdem wird den Bürgern eingeredet, daß der Kanal auch auf dem Dorf für alle immer die beste Lösung ist und (natürlich!) gesetzlich vorgeschrieben!

Um diese beste Lösung zu erreichen geht man folgendermaßen vor: Zuerst muß ein Beschluß der Gemeindevertretung her. Das ist nicht das Problem, denn hier beschließen ja die Gemeindevertreter, also in der Regel Nichtbetroffene über die Betroffenen, die Anlieger. Es ist durchaus selten, daß die Gemeindevertreter mehrheitlich genügend Sachverstand und Durchblick haben, das Ansinnen des ZWA zur Kanalisierung abzuweisen, geschweige denn Alternativen vorzuschlagen.

Ein Variantenvergleich, der vorgeschrieben ist, wird vom ZWA nicht vorgelegt. Der Kanal ist für den ZWA immer die beste Variante. Da kann er – auf fremde Kosten versteht sich – richtig klotzen. Dann bemüht man sich um Geldgeber, denn das Verfahren der Kanalsorgung ist zu teuer, insbesondere auch hinsichtlich der Investition, als daß es sich ohne zusätzliches Geld rechnen würde. Dazu müßte der Wert von 0,5 m Kanallänge je angeschlossenen Einwohner, erreicht, besser unterschritten werden.

Weil dieser Wert in Chorin nicht annähernd erreicht wird, die genaue Zahl mögen die Choriner einmal selbst ausrechnen, müssen För-

dermittel her. »Sich rechnen« – das gilt nur aus Sicht des ZWA. Für den Bürger rechnet sich das nie. Aber Lösungen, die sich für den Bürger rechnen, interessieren den Verband nicht. Daran kann er nicht verdienen! Wenn das Geld vom Land oder von der EU – alles Steuergeld, Geld der Bürger! – zugesagt ist, dann wird konkret geplant und ausgeschrieben.

Bis hierher wissen die Betroffenen in der Regel noch nicht, was auf sie zukommt. Dann gibt es eine erste Bürgerversammlung. Natürlich ist zu diesem Zeitpunkt bereits alles in Sack und Tüten. Die Bürger dürfen noch ein paar Fragen stellen und sich das eine oder andere Detail erläutern lassen. Sie dürfen zustimmen und – darauf kommt es an – zahlen! Sie dürfen auch dagegen sein oder andere Lösungen vorschlagen. Das nützt aber nichts mehr! Die Entscheidung ist längst gefallen! Wer den Anschluß nicht will, wird zwangsangeschlossen. Wie das funktioniert, das haben wir in Briesensee erlebt. Da waren mehr als zwei Dutzend bewaffnete Polizisten im Einsatz gegen eine einzelne, unbewaffnete Frau. Und das im »Rechtsstaat« Deutschland. Hausfriedensbruch, Beschädigung des Eigentums, Körperverletzung, all das ist möglich bei Zwangsvollstreckung und Ersatzvornahme, jedenfalls in Brandenburg.

Ob die Maßnahmen, die man treffend mit Staatsterror bezeichnen kann, rechtmäßig, d.h. gesetzeskonform sind – darauf kommt es nicht an. Das prüft das Gericht anschließend (vielleicht!) – falls der/die Geschädigte das Geld für eine Klage hat, aber das kann dauern!

Doch zurück zum konkreten Fall der Kanalerschließung in Chorin. Die Kritiker der Maßnahme, also diejenigen mit auch wirtschaftlichem Sachverstand und Umweltbewußtsein, hatten nie wirklich eine Chance auf eine ökologisch vernünftige Lösung. Der Zeitraum zwischen der ersten Bürgerinformation und dem Baubeginn beweist, daß die Entscheidung für

den Kanal längst ohne die Bürger, die direkt Betroffenen, gefallen war. Diejenigen, die entschieden haben, weil sie daran verdienen oder auch nur, weil sie die Zusammenhänge nicht begriffen haben, konnten sich sogar darauf verlassen, daß sie von einer großen Zahl der Betroffenen auch nachträglich noch die Zustimmung erhalten. Die Mehrheit der Bürger will es in erster Linie bequem und billig. In Chorin ist das nicht anders als in Althüttendorf, in Werbellin oder Clandorf, um nur drei Beispiele für ähnliche Fehlinvestitionen im Landkreis Barnim zu nennen. Erst wenn es allzu teuer wird, dann fallen den Bürgern auch ökologische Argumente ein, aber dann ist es meist zu spät.

Wer auf dem Dorf leben will, der sollte bereit sein, im Einklang mit der Natur zu leben und sich von der Ideologie der Entsorgung und Beseitigung lösen. Verwertung und kleine Kreisläufe – das ist die Zukunft! Technische und naturnahe Lösungen kann man fast schon »von der Stange« kaufen und sogar selbst bauen.

Fäkalienabfuhr und Kanal – das ist die Vergangenheit. Nicht von ungefähr hat das Umweltbundesamt hier bereits vor mehr als zehn Jahren die sieben Sackgassen der zentralen Klärtechnik nachgewiesen. Trotzdem: in Chorin wird schon gebuddelt und gebaut. Die Vergangenheit hat uns fest im Griff. Jetzt wird sie auch in Chorin in Beton verlegt.

Das Theater am Rand in Zollbrücke hat am 20.11.2008 künstlerisch und professionell überzeugend das Thema »Die Natur kennt keine Abfälle« dargestellt. Dort sind viele junge Leute doch etwas nachdenklich geworden, denn das haben sie u.a. gelernt: Wer für seine Sch... unbedingt einen Kanalanschluß haben will, der kann in die Stadt ziehen, in Eberswalde etwa in das Brandenburgische Viertel. Dort stehen genügend Wohnungen leer – alle mit schon fertigem Kanalanschluß.

JOHANNES MADEJA

## Hat Eberswalde ein Konzept zur Lösung des Abwasserproblems?

**Eberswalde (bbp).** Die »Märkische Oderzeitung« berichtete am 21.11.2008 über den Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (ZWA) Eberswalde und informierte darüber, daß ab 2010 deutliche »Preiserhöhungen in allen Sparten« drohen würden.

Den Stadtverordneten der LINKEN Carsten Zinn veranlaßte dies auf der StVV-Sitzung am 18. Dezember zu einer Anfrage an den Bürgermeister. Als größte Gemeinde im Verbandsgebiet und einem Stimmenanteil von 50 Prozent in der Verbandsversammlung, so der Stadtver-

ordnete, trage die Stadt Eberswalde eine besondere Verantwortung für den ZWA Eberswalde. In der Vergangenheit hätten »deutliche Gebührenerhöhungen« beim ZWA bereits einmal zu politischen Unruhen in Eberswalde geführt, in deren Zusammenhang im Jahre 1995 u.a. der damalige Eberswalder Bürgermeister Dr. Hans Mai aus seinem Amt abgewählt worden war.

»Welche Möglichkeiten sehen Sie«, fragt Carsten Zinn den jetzigen Bürgermeister, »die für das Jahr 2010 avisierten Gebührenerhöhungen

beim ZWA abzuwenden? Welche Konzepte haben Sie zur langfristigen Lösung des seit Mitte der 90er Jahre latenten Abwasserproblems?«

Weiterhin bittet der LINKEN-Politiker um detaillierte Informationen, wie sich die Schuldenituation des ZWA seit 1995 entwickelt hat. Damals war von rund 300 Millionen DM (ca. 150 Millionen Euro) die Rede. Mit der Übernahme des Zweckverbandes Sandenden Ende der 90er Jahre dürften weitere Verbindlichkeiten hinzugekommen sein. Eine Antwort lag bis zum Redaktionsschluß noch nicht vor.

Karl Marx im 21. Jahrhundert (4)

# Reichtum und Entfaltung des Menschen

von Dr. Rainer Thiel

**Unterm Stichwort »Entfremdung« hatten wir begonnen, das Werk von Marx in einer Dimension zu besichtigen, die den meisten Marxisten unbekannt ist. Klar ist allen nur: Die Armen werden ärmer, die Reichen reicher. Herr Wiedeking, der Porsche-Chef, nimmt sich pro Jahr tausend Mal so viele Euro, wie sich ein Durchschnitts-Löhner erwirbt. Was versteht Wiedeking unter »Reichtum«? Karl Marx überblickt zweitausend Jahre Menschheitsgeschichte und stellt fest, was an Vorstellungen über »Reichtum« grassiert:**

Reichtum erscheint »einerseits ..... verwirklicht in Sachen, materiellen Produkten, .... andererseits als Wert ist er bloßes Kommando über fremde Arbeit .... In allen Formen erscheint er in dinglicher Gestalt, sei es Sache, sei es Verhältnis vermittelt der Sache, die außer und zufällig neben dem Individuum liegt.« (MEW 42 Seite 395)

Karl Marx – bewandert in Literatur und Philosophie der Jahrhunderte, der Aufklärung und der deutschen Klassik – setzt den traditionellen Vorstellungen von Reichtum entgegen: Wenn nun »die bornierte bürgerliche Hülle abgestreift wird, was ist der Reichtum anders, als die .... Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen? ....« Reichtum entsteht, wenn es Menschen gelingt, ihren natürlichen Anlagen gemäß sich selber zu entwickeln. (MEW 42 S. 396) Dazu braucht der Mensch keine Schlösser und Flugzeuge im Privatbesitz. Der Mensch braucht Bildung und Kollegialität. Was ihn dabei stört, versperrt den Weg zu seinem Reichtum.

Verweilen wir einen Moment beim Wort »Produktivkräfte«: Das heißt doch nicht mehr Kohle und Atom, das heißt vielmehr: Nicht blind die Natur vernutzen und vernichten. Es heißt zu begreifen, wie wir die Natur erhalten, damit sie sich nicht rächt an uns.

Marx spricht auch von voller »Entwicklung der menschlichen Herrschaft über seine eigne Natur!« Damit aber kein Dummkopf meint, der Mensch könnte mit Drogen über sich selber herrschen, setzt Marx fort und spricht aus, worauf es ankommt: »... wenn die bornierte bürgerliche Form abgestreift wird, was ist der Reichtum anders, als ... (das) absolute Herausarbeiten seiner (des Menschen) schöpferischen Anlagen, ohne andre Voraussetzung als die vorangegangne historische Entwicklung, die diese Totalität ... der Entwicklung aller menschlichen Kräfte als solcher ... zum Selbstzweck macht? Wo er (der Mensch) sich nicht reproduziert in seiner Bestimmtheit, sondern seine Totalität produziert? Nicht irgend etwas Gewordnes zu bleiben sucht, sondern in der absoluten Bewegung des Werdens ist?« (MEW 42 S. 396)

In seinem Hauptwerk DAS KAPITAL sagt Marx: Es komme vielmehr an auf die »volle und freie Entwicklung des Individuums.« (MEW 23.618)

Für Marx ist klar: Alle Menschen sind von Geburt aus begabt mit schöpferischen Fähigkeiten und mit Fähigkeit, sie auch zu genießen, Freude erleben zu können. Die Menschen sind auch begabt mit Anlagen zur Kollegialität. Wohlgermerkt mit Anlagen! Dummheit und Bosheit sind ihm nicht angeboren. Es gilt, **die Anlagen zu entwickeln.** Es gilt, **sie zu verwirkli-**

**chen.** Doch vielen Menschen wird das durch andere Menschen nicht erlaubt. Das kann schon in der Familie beginnen:

Kinder sind von Natur aus neugierig auf die Welt, die kleine Welt zuerst, um sich daran zu erfreuen. Sie fragen die Eltern: »Was ist das«, wenn sie einen Gegenstand sehen. Dann sagen manche Eltern: »Frag nicht so dumm. Tu mich nich löchern mit deinen Fragen.« Geschieht das oft, verzweifeln die Kinder. Sie verlieren ihre Neugier, sie hören auf zu fragen, und schon die Schule interessiert sie dann kaum noch.



Und wenn das Kind in der sechsten (anderswo schon in der vierten) Klasse ist, kommt der Hammer: Die Kinder werden getrennt in solche, die ihre Neugier verloren haben, und solche, die noch Vorrat haben an Neugier. Hier ist der Staat gefordert: Schluß mit der Selektion! Laßt die Kinder miteinander lernen und gebt ihnen Lehrer, die das fördern. Und gebt den Kindern Geld für Bücher und Klassenfahrten und warmes Mittagessen. Dann können alle Kinder ihre angeborenen Fähigkeiten entwickeln. Das ist der Weg zum Reichtum, wie ihn Marx verstand. Alles andere tötet angeborene Fähigkeiten, und wer das berufsmäßig betreibt, sollte als Täter gelten.

Blicken wir nun auf Leute, die mehr als den Mindestlohn haben. Was ist ihnen zuträglicher: Ihre Arbeitszeit zu verkürzen, um Zeit zu haben für Frau und Kinder, für Bildung und Politik, für Hobby und Sport, für öffentliche Angelegenheiten? Oder ist ihnen zuträglicher, noch länger zu arbeiten, um dann Kaufhäuser heimzusuchen? Reichtum altmodisch als Sache aneignen? Reichtum in dinglicher Gestalt und nicht an menschlichen Potenzen? Sind vieler Leute Schränke nicht schon voll mit Dingen? Brauchen wir überhaupt so viele Dinge?

Schon der Dichter Jean Paul ließ eine Romanfigur, den Advokat Siebenkäs, ausrufen:

Kannst Du denn nicht sehen, »daß die Menschen toll sind und schon Kaffee, Tee und Schokolade aus besondern Tassen, Früchte, Salate und Heringe aus eigenen Tellern, und Hasen, Fische und Vögel aus eigenen Schüsseln verspeisen. – Sie werden aber künftig – sag´ ich dir, noch toller werden und in den Fabriken so viele Fruchtschalen herstellen, als in den Gärten Obstarten abfallen .... und wär´ ich nur ein Kronprinz oder Hochmeister, ich müßte Lerchenschüsseln und Lerchenmesser, Schnepfenschüsseln und Schnepfenmesser haben, ja eine Hirscheule von einem Sechsender würd´ ich auf keinem Teller anschneiden, auf dem ich mal einen Achtender gehabt habe.«

So leben wir. Die Schränke voll und voller. Dicht und dichter gedrängt verdecken Sachen die Sicht auf Sachen, die schon da sind. Verdeckt, vermißt und abermals gekauft. Man tröstet sich, das Neue sei moderner, doch die Wohnung wird eng und enger, und Schaden nehmen Herz und Nerven. Warum nehmen wir das hin?

**»Als Fanatiker der Verwertung des Werts zwingt er (der Kapitalismus) rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen....«** (MEW 23 Seite 618). Zur Produktion von Dingen auf Teufel komm raus. Das bringt sofort Profit. Auf den schnellen Profit kommt es ihm an, nicht auf Bildung, Demokratie und Kollegialität. Profit will, wer sich mehr als das Zehnfache vom Durchschnittslohn nimmt und alle anderen nach seiner Pfeife tanzen läßt.

Warum nehmen wir das hin? »Das Privateigentum hat uns so dumm und einseitig gemacht, daß ein Gegenstand erst der unsrige ist, wenn wir ihn haben.... An die Stelle aller physischen und geistigen Sinne ist daher die einfache Entfremdung aller dieser Sinne, der Sinn des Habens getreten.« (MEW 40.540. Darüber hat Erich Fromm geschrieben, z.B. »Haben oder Sein?«.) Und weil das so ist, gibt es die **Konsum-Werbung.**

Dazu Marx: »Jeder Mensch spekuliert darauf, dem andern ein neues Bedürfnis (nach Dingen) zu schaffen, um ihn zu einem neuen Opfer zu zwingen, um ihn in eine neue Abhängigkeit zu versetzen und ihn zu einer neuen Weise ... des ökonomischen Ruins zu verleiten... Der Mensch wird umso ärmer als Mensch, er bedarf umso mehr des Geldes, um sich des feindlichen Wesens zu bemächtigen.« (MEW 40.547)

Bedenkenswert ist Marx auch, wenn er schreibt: »Die Erhöhung des Arbeitslohns erregt im Arbeiter die Bereicherungssucht des Kapitalisten, die er aber nur durch Aufopferung seines Geistes und Körpers befriedigen kann.« (MEW 40.474. siehe auch S. 520)

## Baumschutzstammtisch tagt in Eberswalde

Am 9. Januar um 19 Uhr hält der Barnimer Baumschutzstammtisch seine erste Sitzung im Neuen Jahr in der Bierakademie Eberswalde ab. Rekapituliert werden zunächst die Aktivitäten des vergangenen Jahres, zum Beispiel jene um die Lindenallee Britz-Golzow. Auch wird es wieder um die Ersatzpflanzungen im Musikerviertel von Ahrensfelde gehen. Am 13.01.09 findet eine Gemeindefestung in Ahrensfelde statt. Die Bürgerinitiative »Straßenbaumaßnahme Ahrensfelde« um Ingo Jänich und Susanne Emonds wird daran teilnehmen und alles was schief gelaufen ist, beanstanden. So fehlen noch etwa 26 Bäume im Rahmen der gesetzlich verpflichteten Nachpflanzung.



Auf der Sitzung wird zudem die Problematik aufgegriffen, daß die Untere Naturschutzbehörde Barnim aufgrund der derzeitigen kreislichen Verwaltungsstruktur dem Bauordnungsamt als Sachgebiet unterstellt ist. Eine untergeordnete Einrichtung wird, wenngleich manchmal erforderlich, im Regelfall schwerlich gegen ihre Dacheinrichtung entscheiden. Inwieweit die regionalen Naturschutzverbände mit Blick auf den Umwelt- und Naturschutz hinsichtlich einer Neuordnung der Kreisverwaltung Einfluss auf den Kreistag ausüben könnten, soll herausgearbeitet werden.

Auf der Tagesordnung stehen außerdem:  
 – Neue Denkmalsätze zur »Allee der Zukunft« und mögliche Einflußnahme auf die Aktivitäten des Landesbetriebes Straßenwesen in Richtung Baumschutz sowie aktuelle Informationen zur Straßenausbauplanung in Schönow (Rainer Niemsch)  
 – Informationen zu den Straßenausbaubarbeiten in Panketal (Stefan Stahlbaum)  
 – Neue positive Bewertung der Allee Rüdnitz-

Danewitz-L29 durch den »Aktionsplan Alleen« des Landkreis Barnim bzw. der FH Eberswalde, Kurzinformation zur Finower Efeuinsel und zu den unsachgemäßen Baumschnitten in Finow (Dr. Andreas Steiner)

Ein ganz wichtiges Thema ist die Novelle des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) sein. Dieser Sachstand wurde im letzten Monat auf einer Dienstberatung der Unteren Naturschutzbehörden (UNBs) beim Ministerium verkündet: Nach Auskunft der Sachgebietsleiterin der UNB Barnim Solveig Opfermann ist das Straßengesetz (u.a. in § 10 und § 27) dahingehend geändert worden, daß zukünftig die Genehmigungsbedürftigkeit von Baumfällungen an Straßen durch die UNBs entfällt und die Straßenbaulastträger das Naturschutzrecht selbst (also ohne Verwaltungsakt der UNB) in ihren Entscheidungen berücksichtigen sollen. Eine Quasi-Einvernehmensregelung soll aber für die UNBs noch enthalten sein. Möglicherweise trifft dies also nicht auf jede Baumfällung zu. Zumindest entfallen Verwaltungsakte zu Straßenbäumen und auch die bislang dazu gehörende Verbandsbeteiligung. Andererseits trifft dies aber nicht auf die Baumschauen zu, denn die werden dann vermutlich eine Form der Einvernehmensherstellung sein (wie immer das auch in der Praxis aussehen mag).

Da die landesweite Baumschutzverordnung in diesem Jahr ausläuft und mit Blick auf den Baumschutz dann ein gesetzliches Vakuum entstehen wird, sollte ein zentrales Thema zukünftiger Sitzungen sein, wie diesbezüglich eine regionale Lösung auf den Weg gebracht werden kann.

Dr. ANDREAS STEINER

380-kV-Freileitung:

## Gegenwind für Vattenfall

Während sich die Landesregierung nach Ihrem Scheitern im Bundesrat am 19.9.2008 in Sachen 380-kV-Freileitung durch die Uckermark, den Barnim und einen Teil von Märkisch-Oderland bedeckt hält, während die SPD-Fraktion im Landtag den Gesetzentwurf der Linken zu einem brandenburgischen Erdkabelgesetz der Koalitionsdisziplin opfert (statt selbst initiativ zu werden), während also in der »hohen Politik« die Dinge sich wieder mehr der Linie Vattenfalls anzunähern scheinen - Vattenfall ist der größte Sponsor von Kultur und Politik im Brandenburger Land - gibt es an der Basis erheblichen Gegenwind. Hier wirkte der Kommunalwahlkampf, so scheint es, etwas belebend. Die alte Schläfrigkeit, die die Kommunalvertretungen in der vergangenen Legislaturperiode gekennzeichnet hat, ist dahin. Die von Vattenfall geplante 380-kV-Freileitung ist heute nicht mehr mehrheitsfähig.

Der Kreistag Barnim hat sich Mitte Dezember gegen die Freileitung und für Erdverkabelung ausgesprochen. Am 18.12. folgten eindeutige Voten der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde (nur eine Enthaltung) und der Gemeindevertretung von Chorin für die Erdverkabelung.

Bürgermeister und Stadtverordnete von Angermünde hatten bereits Ende Juli ihre Bedenken gegen die 380-kV-Freileitung artikuliert. Schrittmacher im Meinungsumschwung waren die Ortsbürgermeister, deren Gemarkungen an der geplanten Trasse lagen. Der Aufruf »Ortsbürgermeister melden sich zu Wort« wird auch von vielen neugewählten Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern getragen. **Nicht über unsere Köpfe! Nicht unter dem Niveau der technischen Entwicklung! Erdkabel statt Freileitung in »Biosphäre« und Wohngebieten!**

HARTMUT LINDNER

## Keine Gentechnik: Auf die Bewegung kommt es an!

Informationsaustausch, Einschätzungen, Strategien und Aktivitäten gegen Gentechnik auf dem Acker, im Essen und im Stall! Am 7. und 8. Februar 2009 in Eberswalde (Waldsolarheim)

### Tagung der Gentechnikfreien Regionen und Aktiven

Auf dem Programm stehen: Berichte aus der gentechnikfreien nationalen und europäischen Bewegung: Wo stehen wir, was haben wir erreicht, wo wollen wir hin? Widerstandsformen Die Vielfalt macht's! - Aktuelles aus der Politik und anstehenden Entscheidungen in der EU und in Deutschland - Gentechnik und Welternährung - Stand der rechtlichen Auseinandersetzungen - Neue wissenschaftliche Studien und Gesundheitsaspekte - Patente, Futtermittel, Saatgut.

Die Tagung richtet sich an die ganze Bandbreite der Bewegung: VertreterInnen aus den Gentechnikfreien Regionen und Initiativen, (Länder-) Aktionsbündnissen, Bürgerinitiativen etc, Bauernorganisationen, Saatgutinitiativen, Umwelt- und Naturschutzgruppen, FeldbefreierInnen und -besetzerInnen, kritische WissenschaftlerInnen, ImkerInnen usw.

Kontakte: Ulrike Brendel (Greenpeace, Ulrike.Brendel@greenpeace.de), Saskia Dellwing (Bioland, saskia.dellwing@bioland.de), Heike Moldenhauer (BUND, heike.moldenhauer@bund.net), Christof Potthof (Gen-ethisches Netzwerk, christof.potthof@gen-ethisches-netzwerk.de) und Annetarie Volling (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, AbL / Gentechnikfreie Regionen, gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de).

Unterstützt wird die Tagung bislang von: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V., Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der EKD, Bioland e.V., BUND e.V., Bündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Campact e.V., Gen-ethisches Netzwerk (GeN), Gentechnikfreien Regionen in Deutschland, Gentechnikfreien Region Uckermark-Barnim, Greenpeace e.V., IG gentechnikfreie Saatgutarbeit, IG-Nachbau, Informationsdienst Gentechnik, Ökologischer Ärztbund, Zukunftsstiftung Landwirtschaft (ZSL).

## Keine Baumfällungen mehr

Eberswalde (bbp). Seitens der Stadtverwaltung Eberswalde sind in diesem Winter keine weiteren Fällungen vorgesehen. Dies geht aus der Antwort des Dezernenten Dr. Gunther Prüger auf eine Anfrage des Stadtverordneten Carsten Zinn hervor. Veranlaßt wurde die Anfrage durch die Anfang Oktober erfolgte Fällung von fünf Eichen in der Rudolf-Breitscheid-Straße. Bei den jährlich stattfindenden visuellen Baumsichtkontrollen seien an diesen Bäumen am Stammfuß und im Stammbereich Pilzfruchtkörper festgestellt worden. Da diese die Stand- und Bruchfestigkeit stark beeinträchtigen würden, habe die Stadtverwaltung bei der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) die Fällung beantragt. Bis Mai 2009 werden als Ersatz acht Roteichen gepflanzt. »Da davon auszugehen ist, daß in den folgenden Jahren weitere Bäume in diesem Abschnitt abgängig sein werden, wird durch Neupflanzung die Eichenallee der Rudolf-Breitscheid-Straße erhalten.«



StVV Eberswalde:

## Mobilitätsticket

Wenn die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung am 29. Januar 2009 wieder zusammentritt, so liegt ihr auf Vorschlag der LINKEN ein Beschlusentwurf zum Mobilitätsticket vor:

Die StVV Eberswalde fordert den Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin/Brandenburg auf, auch außerhalb der kreisfreien Städte ihren vielfach propagierten Slogan »Volle Leistung zum halben Preis« für das Brandenburger Mobilitätsticket Realität werden zu lassen. Anspruchsberechtigte in Eberswalde müssen derzeit mindestens 20,30 Euro zahlen, um ein monatliches Mobilitätsticket zu erwerben. »Volle Leistung zum halben Preis« würde aber bedeuten, daß ein Monatssticket für den Stadtverkehr Eberswalde für 14,50 Euro zu kaufen wäre.



Mit ihrer »Schwarzfahrer«-Aktion hatte die Eberswalder Montagsdemo für ein Sozialticket demonstriert.

Die Abgeordneten der StVV Eberswalde erwarten von den politisch Verantwortlichen im Kreistag Barnim, insbesondere dem Vertreter im Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin/Brandenburg, vom Brandenburger Fachministerium für Infrastruktur und Raumordnung, sowie von den Wahlkreisabgeordneten der Koalitionsparteien SPD und CDU im Brandenburger Landtag, im Interesse der Anspruchsberechtigten initiativ zu werden und sich für eine sozial verträglichere Lösung einzusetzen.

Volle Leistung zum halben Preis muß beim Brandenburger Mobilitätsticket für alle Regionen, auch außerhalb der kreisfreien Städte, gelten und damit auch für Eberswalde. Nur mit einem preisgünstigen Ticket kann Mobilität für alle sozial Benachteiligten gewährleistet und deren Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben gesichert werden.

Im Rahmen der Landtagswahl 2009 sind politische Initiativen insbesondere von den Eberswalder Wahlkreismitgliedern aller Parteien und Wahlträger zu wünschen, um ein Verkehrsverbundsticket für sozial Bedürftige auf lokaler, regionaler und Landesebene zu einem Preis von höchstens 50 Prozent der jeweiligen Umweltkarte anbieten zu können.

Zusätzlich sind entsprechende Tages-, Wochen- und Monatskarten in diesem Zusammenhang notwendig. Wobei die Bedürftigen frei und flexibel entscheiden sollten, welches Angebot sie vor dem Hintergrund ihrer finanziellen Lage in Anspruch nehmen können.

CARSTEN ZINN

## Zukunftstechnologie Erdkabel

Kritik an MOZ-Berichterstattung

Man hat als Leser nur selten die Gelegenheit die Zuverlässigkeit der Berichterstattung der Medien zu überprüfen. Meist wird über Ereignisse berichtet, bei denen der Leser nicht unmittelbar zugegen sein konnte.

Diesmal war es anders. Als Gast bei der Anhörung der Interessenvertreter im Wirtschaftsausschuß zum Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus des Höchstspannungsnetzes (EnLaG) kann ich die Zuverlässigkeit des Berichts von Stefan Kegel (»Experten lehnen Erdkabel in der Uckermark ab«, MOZ, 16.12.2008) überprüfen und wundere mich über dessen einseitige Darstellung. Weshalb wird nur über Stellungnahmen berichtet, die die Erdverkabelung ablehnen? Weshalb wird die Aussage der Stellungnahme von Herrn Kirchner in ihr Gegenteil verkehrt? Der MOZ-Redakteur gibt die Position von Kirchner (Europacable) so wieder, als ob dieser Neldner (Vattenfall) zustimmen mußte, daß die Erdverkabelung ökologisch nicht zu vertreten sei.

Das Gegenteil war der Fall. Neldner hat dem Ausschuß eine falsche Darstellung des Trassenbaus bei Erdkabeln präsentiert (totaler Bodenaustausch auf einer Breite von 40 Metern, keine Anpflanzungen, keine landwirtschaftliche Nutzung der Trasse, Verödung der Landschaft). Kirchner hat das freundlich korrigiert, ohne Neldner bloßstellen zu wollen. Der Berichtersteller wertet das als Zustimmung.

Auffällig ist, daß die Stellungnahmen von Prof. Jarass überhaupt nicht erwähnt werden. Hinter Jarass steht kein Konzern, keine Interessengruppe. Er ist Professor für Elektrotechnik, ein Wissenschaftler, der sich seiner sozialen Verantwortung als Wissenschaftler bewußt ist. Was er zu sagen hatte, war vernichtend für die Stromgiganten, die sich vorhalten lassen mußten, daß sie zwar die TEN-E-Richtlinie ständig im Munde führten, um die gigantischen Trassenausbaupläne zu rechtfertigen, aber nicht die in der Richtlinie aufgeführten Auflagen erfüllt haben. So fehlen für die meisten Trassenvorhaben die Kosten-Nutzen-Analysen, die Umwelt-

verträglichkeitsnachweise und vor allem der Nachweis der Notwendigkeit. Kurz, alle rechtlichen Voraussetzungen für eine Planung, die vor den Verwaltungsgerichten bestehen könnte. Prof. Jarass hat sich auch für die Erdverkabelung im 110-kV-Bereich und im 380-kV-Bereich ausgesprochen. Prof. Jarass hat bei der Befragung wiederholt auf seine schriftliche Stellungnahme verwiesen, in der alle Aussagen vorzüglich und solide belegt werden, ganz im Unterschied zu der suggestiven Bildfolge, die Vattenfall eingereicht hat, als ob die Ausschußmitglieder Analphabeten wären.

Das vielleicht wichtigste Ergebnis, das die Vorsitzende extra hervorhob, hat Stefan Kegel dem Leser vorenthalten: die deutsche Elektrotechnik- und Kabelindustrie produziert und entwickelt zukunftsweisende Erdkabelsysteme, die zwar im Ausland zum Einsatz kommen (z.B. im großen Stil in Dänemark), aber durch die Blockade der großen Energiekonzerne nicht in Deutschland.

Der Eindruck, den der Bericht von Stefan Kegel erzeugt, ist falsch. Die geladenen Interessenvertreter waren sich nicht einig, auch nicht in der Frage der Ablehnung der Erdverkabelung der »Uckermarkleitung«. Wie sollten sie auch, vertreten sie doch verschiedene Interessen.

Übrigens, nicht jeder Interessenvertreter ist ein Experte. Äußerungen in der Anhörung vor dem Ausschuß müssen nicht immer sachlich korrekt sein. Gerade Vattenfall strapaziert die Klaviatur der tendenziösen Darstellung bis an die Grenze zur Unerträglichkeit. Ein Redakteur sollte darauf nicht hereinfallen, er sollte berichten, was und wie im Ausschuß vorgetragen wird. Eine tendenziöse Darstellung vermittelt nur den Eindruck, daß sich der Redakteur oder – schlimmer noch – die Zeitung von einem mächtigen Energiekonzern instrumentalisieren lasse. Das gilt auch für die Stellungnahme des Abgeordneten Jens Koeppen (CDU), der sich schleunigst mit den Fakten der Erdverkabelungstechnik vertraut machen sollte.

HARTMUT LINDNER

## Ausbau der Mühsamstraße auf Eis gelegt

Anwohner organisieren 2. Straßenfest am 9. Mai

Aufgrund der Aussagen des Baudezernenten in der Sitzung des Bauausschusses vom 9.12.2008 wissen die Anlieger nun, woran sie sind. Die Mühsamstraße wird, trotz vorliegendem Fördermittelbescheid, wohl im Jahr 2009 nicht mehr gebaut. Auch die Gestaltung der Straße steht (trotz der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 26.04.2008) offenbar noch nicht fest. Die Stadtverordneten forderten die Stadt auf, endlich ein Gesamtkonzept für das Viertel vorzulegen. Daß der Ausbau erstmal vom Tisch ist, ist auch dem Haushaltsplan 2009 zu entnehmen. Anlaß für den Ausbau der Straße war die Klage eines Anlie-

gers (Verkehrssicherungspflicht der Stadt) und der Bürgermeister, Herr Boginski, hatte sich persönlich verpflichtet, die Straße auszubauen, wenn die Klage zurückgezogen wird. Daran erinnert man sich wohl nicht mehr.

Eine gute Seite hat das Ganze: Die Anwohner planen für Mai 2009 ihr 2. Straßenfest auf dem 100 Jahre alten Pflaster. Hierzu werden wieder Sponsoren, Gewerbetreibende, Händler und private Flohmarkttrödler gesucht. Geplant ist das Fest für Samstag den 09. Mai 2009 in der Erich-Mühsam-Straße. Interessenten melden sich bitte unter Tel. 03334/279767.

Bürgerinitiative Mühsamstraße

## Landrat initiierte rechtswidrige Geschäfte?

Abgeordnetenfrage im Kreistag am 10.12.2008

**Eberswalde (bbp).** Die lokale Tageszeitung informierte Anfang Dezember unter der Überschrift »Das neue Amt kostet viel Geld« (MOZ, 10.12.2008) über die Zwangsauflösung des Amtes Oderberg und dessen Anschluß an das Amt Britz-Chorin. Der Kreistagsabgeordnete Albrecht Triller veranlaßte der Artikel zu einer Anfrage im Kreistag. Dabei bezieht er sich auf eine unter Kreistagsabgeordneten umlaufende Darstellung unbekannter Herkunft.

Demnach hatte die Stadt Oderberg im Jahr 1999 Schulden in Höhe von rund zwei Millionen DM, die im wesentlichen aus offenen Umlagen gegenüber dem Landkreis resultierten. Oderberg verfügte jedoch weder über flüssige Mittel noch über verwertbare Vermögensgegenstände, um die Schulden zu begleichen. Auch eine Kreditaufnahme zur Deckung der Schulden schied aus, da Kreditaufnahmen nur zu investiven Zwecken zulässig sind.

Laut der anonymen Darstellung initiierte der Landrat daraufhin eine unzulässige Umgehungsstruktur, welche die unter Leitung des Landrats stehende Kommunalaufsicht auch prompt genehmigte. Demnach habe die Stadt Oderberg ihr Rathaus an ein eigens dazu gegründetes kommunales Tochterunternehmen verkauft, obwohl auch dieses kein Geld für den Kauf besaß. Die Kommunale Grundstücks- und Wohnbautengesellschaft der Gemeinden des Amtes Oderberg mbH (KWG) galt allerdings mittels Kommunalbürgschaft der Stadt Oderberg bei der Deutschen Kreditbank (DKB) als kreditwürdig. Auch von einem »Gefälligkeits-Wertgutachten« ist die Rede. Die KWG kaufte nun kreditfinanziert der Stadt Oderberg das Rathaus ab. Oderberg habe nunmehr aus den Erlösen die Forderung des Land-

kreises befriedigen können. In der Darstellung heißt es, daß die tatsächliche Werthaltigkeit des Rathauses dem Kaufpreis von 2 Mio DM bei weitem nicht entsprach. Landrat Ihrke bestätigte dies vor kurzem. Es sei illusorisch, etwa einen sechsstelligen Betrag aus dem Verkauf zu erwarten, sagte Ihrke im Juli 2008 vor dem Kreisausschuß (MOZ, 16.7.2008). Ungeachtet dessen mußte die KWG die Zinsen leisten, immerhin 130.000 DM (ca. 65.000 Euro) pro Jahr. Damit war die Miethöhe festgelegt, die erlöst werden mußte. Dieser Mieter fand sich im Amt Oderberg, das bereits vorher das Rathaus nutzte – allerdings für eine niedrigere Miete. Außerdem habe sich das Amt verpflichtet, zusätzlich sämtliche Instandhaltungskosten zu übernehmen, ohne daß KWG-Geschäftsführer Hartmut Fahl die notwendigen Instandhaltungen habe durchsetzen können. Die Konsequenzen aus dem offensichtlich rechtswidrigen Geschäft hatten die Gemeinden des Amtes Oderberg zu tragen und sollen nunmehr durch das neue Amt getragen werden.

Albrecht Triller fragt den Landrat, ob die Feststellungen der anonymen Darstellung den Tatsachen entsprechen. Falls diese Feststellungen richtig sind, soll der Landrat Stellung beziehen, ob aus dem rechtswidrigen Handeln Schlußfolgerungen abgeleitet wurden und wenn ja, welche? »Ist es nicht an der Zeit«, so der Kreistagsabgeordnete, »das rechtswidrige Rathausverkaufsgeschäft rückabzuwickeln und Oderberg von der 1999 offen gewesenen Kreisumlage von 2 Mio DM zu entlasten? Ist es nicht geboten, unabhängig von den vorgenannten Fragen, das neue Amt Britz-Chorin-Oderberg von der Übernahme der Rechtsnachfolge für den rechtswidrigen Rathausverkauf und seinen Folgen freizustellen?«

## Effes in sechs Teilen

Es gibt natürlich auch mit Klugheit und Vernunft gesegnete Fußballer, aber es gibt auch Effenberg. Die böse Redensart, Blondinen seien blöd ist selbstverständlich falsch und arrogant, aber es gibt Paris Hilton, Hella von Sinnen und Frau Effenberg.

Und es gibt deutsche Fernsehsender. Einer, der schmutzigste und schäbigste, erweitert seinen lizenzierten Dummenfang um eine neue Peinlichkeit, die gleichwohl reichlich Voyeure finden wird. Ausgestrahlt wird ein Sechsteiler über das Ehepaar Effenberg, im Zentrum des Dokumentarthrillers sollen die Umzugsprobleme des famosen Pärchens stehen. Ein Thema also, das die Nation bewegt, weshalb auch die günstigste Sendezeit gewählt wurde, kurz nach 19 Uhr, da sind auch die vielen kleinen Jungen noch nicht im Bett, die mal Effe werden wollen. Im Vorfeld des Großereignisses gab es ein paar Probleme, weil der berühmte Kicker zeitweise in einer Dame der Nachbarschaft ge-

steckt hatte, was aber wohl dadurch ausgeglichen wurde, daß die Effen was mit einem Herrn Otto aus Ostfriesland veranstaltete. So sind's halt, die beiden, gel!

Nach mehrfachem öffentlichen Weinen der vielfach sitzen- und liegengelassenen Gattin, nach tapferen Hoffnungserklärungen, daß er und sein Geld zu ihr zurückfinden werden – auch, weil Gott das wolle (!) –, nach andauernden Futterspenden solcher und anderer Art für die Medien, an denen sich der Sportfreund Gatte durch Vorführung neuer Bräute oder mit knurrig vorgetragener Reue beteiligte, steht nun ein ultimatives Zwischenfinale ins Haus. Ein Hundsfott, der da nicht guckt!

»Ick guck mir das an, dümmer würdest dadurch nicht, damit de det siehst«, schallte es unlängst von einem Tisch im Wirtshaus zu mir herüber. Ich kenn den Mann, noch dümmer zu werden, als er schon ist, geht nicht.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Wukey´s e.V. Biesenthal:

## Mit dem Drachenboot

Die 118 Mitglieder des Drachenbootssportvereins Wukey´s e.V. Biesenthal können für das Jahr 2008 auf das erfolgreichste Jahr seit Bestehen des Vereins zurückblicken. Zum Verein gehören die Kindermannschaft Waterdragons Marienwerder by Wukey´s, die Beschäftigtenmannschaft der Hoffnungstaler Werkstätten, die Werkstattdrachen und die Wukey´s. An insgesamt 7 Renntagen beteiligten sich die unterschiedlichen Mannschaften des Vereins an 13 Rennen. Im Einzelnen konnten erreicht werden: Am 7.6.2008 in Kremmen beim Drachenbootfestival der 3. Platz in der Kategorie Open; am 21.6.08 beim Sonnenwendfest in Gartow bei der 250m-Distanz der 4. Platz und beim 2000m-Rennen der 5. Platz; zum Biesenthaler Wukenseefest am 23.8.2008 der 1. Platz in der Kategorie Fun-Fun mit den Werkstattdrachen sowie in der Kategorie Superliga der 1. Platz für Wukeys Open und der 3. Platz für Wukeys Mixed; am 3.8.2008 der 1. Platz im B-Finale beim Müggelsee-Beach-Cup; am 14.9.2008 in den Rennen in Zerpenschleuse 3 mal 1. Platz bei Jugend, Mix und Open und am 20.9.2008 wurde bei den Deutschen Meisterschaften in Werder folgende Platzierungen erreicht: 2. Platz Fun-Mixed 200m, 6. Platz Fun-Mixed 2000 m; 4. Platz Jugend Open 200 m; 4. Platz Jugend Open 2000m. Den unbestritten größten Erfolg hat die Mannschaft der »Werkstattdrachen« bei den 1. Deutschen Meisterschaften für Menschen mit Behinderung erreicht, sie wurden DEUTSCHER MEISTER!

Darüber hinaus haben die Wukey´s sich auch in diesem Jahr aktiv in das Leben der Stadt Biesenthal eingebracht. Gemeinsam mit der Freiwilligen Feuerwehr hatten sie zur Weihnachtsbaumverbrennung und zum Osterfeuer eingeladen. Die Wukey´s waren dabei als in der Stadt die Friedensandacht im Mai in der evangelischen Kirche stattfand und beim Familienfest »bunt statt braun«. Die Wukey´s beteiligten sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der 750 Jahrfeier der Stadt Biesenthal. Beim Festumzug waren sie mit einem eigenen Bild vertreten, in dem sich alle Facetten des Vereins widerspiegelten. Cheerleader, Männerballett, Werkstattdrachen, Kindermannschaft und die Wukey´s selbst. Auch die Vorbereitung und Teilnahme am städtischen Weihnachtsmarkt, nebst Weihnachtsmann und Engel, gehört bereits zu den ständigen kulturellen Aktivitäten des Vereins für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Wir wünschen allen Wukey-Wohlgesonnenen, den anderen Vereinen und den Biesenthaler Bürgern eine besinnliche Weihnachtszeit, ein erfolgreiches und glückliches 2009 und laden zu unserem ersten großen gemeinsamen Event im neuen Jahr, zur Weihnachtsbaumverbrennung am 17.1.2009 ein.

MARGITTA MÄCHTIG,  
Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit

# »Diese Revolution haben wir selber gemacht!«

Interview mit JUSTO CRUZ, Projektkoordinator der AG Cuba Si bei der Partei DIE LINKE

Im Dezember 1956 waren kubanischen Revolutionäre unter Führung von Fidel Castro und Ernesto Che Guevara mit der »Granma« auf Kuba gelandet. Nach zwei Jahren hartem und entbehrungsreichen Kampf stand das ganze Land in Flammen. Vor 50 Jahren, am Neujahrstag 1959, brach die Batista-Diktatur unter dem Ansturm der Rebellen und einer umfassenden Volksbewegung in sich zusammen. Der Diktator floh mit einigen Gefolgsleuten und einer Barschaft von 40 Millionen Dollar im Gepäck. Am 2. Januar 1959, marschierte die Rebellenarmee in Havanna ein.

**In Kuba wird dieses Ereignis sicherlich gebührend gefeiert. Vor zwanzig Jahren feierte die DDR ihren 40. Jahrestag. Dem Jubel folgte allerdings alsbald das Ende der DDR. Es gibt nicht wenige, die sich für Kuba eine ähnliche Entwicklung wünschen. Sind solche Wünsche realistisch? Wie stehen die Menschen in Kuba heute nach 50 Jahren zu ihrer Revolution?**

Ich wehre mich immer gegen solche Vergleiche. Ich bin schon vor dem Fall der Mauer hierher gekommen. Die Beziehungen zwischen Kuba und der DDR waren damals sehr gut. Dennoch gibt es viele Unterschiede im politischen System Kubas und dem System in der DDR damals. Dabei will ich mir nicht herausnehmen zu sagen, das eine war besser als das andere. Aber unsere Revolution, unser sozialistischer Staat in Kuba ist wirklich von uns selber gemacht worden. Die Revolution ist nicht von außen in das Land hereingetragen worden. Das ist schon ein wichtiger Unterschied. Hinzu kommt, daß wir in einem Teil der Welt leben, in dem die Bedingungen völlig andere sind als hier in Europa. Wir Kubaner haben noch ganz andere Gründe, unsere Revolution zu verteidigen. Wir haben eine vielhundertjährige Geschichte als Kolonie zunächst der Spanier, und dann als Neokolonie der USA. Mit dieser Erfahrung leben wir. Deshalb sind die meisten Kubaner tatsächlich immer noch der Meinung – mit all den Problemen, die wir haben – daß unser politisches System das beste ist, was wir für unsere Gesellschaft, für unser Volk haben können.

**In hiesigen Medien hört man nur wenig über Kuba. Meist stehen dann sogenannte Dissidenten Mittelpunkt der Berichte.**

Aber in Kuba selber kennt man die meisten dieser Dissidenten überhaupt nicht. Wenn du in Kuba einen Namen von denen erwähnst, wissen die Leute gar nicht, wovon du sprichst. Natürlich sind wir in Kuba keine homogene Gesellschaft ohne Widersprüche. Auch wenn ich seit vielen Jahren in Deutschland lebe, bin ich durch meine Arbeit sehr oft in Kuba. Daher weiß ich auch, wie viele Kubaner denken. Ich kann dir klipp und klar sagen, die Leute in Kuba setzen sich mit dem System auseinander. Mit all den Problemen. Angefangen mit Rassismus, mit Korruption, mit Bürokratie, mit dem Technokratismus usw.

Aber die Unterschiede zwischen diesen kritischen Leuten in Kuba und den Dissidenten ist, daß letztere meist im Auftrag der USA oder anderer Mächte arbeiten. Das sind Leute, die für ihr Dissidentensein bezahlt werden. Stell dir vor, man würde in Deutschland eine bestimmte Partei vom Ausland aus unterstützen, um irgendein Ziel zu erreichen. Das ist genau der

Grund, warum diese Leute keine Unterstützung von der Bevölkerung bekommen. Diese Tendenz haben wir in ganz Südamerika. Alles, was mit Unterstützung der USA zustande kommt, wird bei uns nicht gut angesehen.

**Darüber hört man in hier aber nichts.**

Ja, das ist so. Die Medien hier in Deutschland berichten sehr einseitig über Kuba. Das ist in Europa allgemein so, daß die Berichterstattung sehr einseitig ist. Nicht nur in Bezug auf Kuba, sondern bezüglich aller möglichen Konflikte in der Welt. Inzwischen trifft mich das persönlich aber nicht mehr so, wie noch Anfang der 90er Jahre. Damals habe ich darunter sehr gelitten. Jetzt nicht mehr, denn ich weiß inzwischen, daß viele Menschen hier einen ganz anderen Eindruck von Kuba haben. Man braucht nur Kuba besuchen, dann hat man sich seine eigene Meinung bilden.

**Eine Möglichkeit, sich direkt über Kuba zu informieren bietet die AG Cuba Si bei der Partei der LINKEN, deren Projektkoordinator Du bist. Womit beschäftigt sich diese Arbeitsgemeinschaft?**

Cuba Si entstand Anfang der 90er Jahre auf Initiative mehrerer Leute, die etwas konkretes für Kuba tun wollten. Die DDR und Kuba hatten damals sehr gute Beziehungen. Dazu gehörte auch eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es bestanden Verträge zwischen der DDR und Kuba, so z.B. über die Lieferung von Milchpulver. Mit dem Zusammenbruch der DDR wurde mit einem Mal dieser Vertrag für ungültig erklärt. Da entstand natürlich eine Lücke in der kubanischen Gesellschaft. Auf einmal hat uns diese Milch gefehlt. Dabei war es immer eines der Ziele der kubanischen Revolution, für Kinder bis zum 7. Lebensjahr einen Liter Milch pro Tag zu garantieren. Auf einmal war das nicht mehr möglich. Daher haben sich die Leute hier zusammengeschlossen und gesagt, wir sammeln jetzt Geld, um Kuba zu unterstützen. Daß die Resonanz darauf so groß war, damit hatten wir wirklich nicht gerechnet. So hatten wir auf einmal mehr Geld, als wir gedacht hatten.

**Wofür habt ihr die mehr eingenommenen Spenden verwendet?**

Wir sagten uns, anstatt hier Milchpulver zu kaufen und nach Kuba zu schicken, machen wir was Sinnvolles in Kuba. So begannen wir Projekte in der kubanischen Landwirtschaft finanzieren. In den Projekten bieten wir Hilfe zur Selbsthilfe für einen gewissen Zeitraum, um eine bestimmte Grundlage zu schaffen, damit die Kubaner danach die Möglichkeit haben, nachhaltig zu agieren. Inzwischen sind wir in drei verschiedenen Regionen in Kuba mit diesen Projekten in der Landwirtschaft aktiv. Da-



Justo Cruz, Projektkoordinator bei Cuba Si, während des Gesprächs mit der »Barnimer Bürgerpost« im Cuba Si-Büro im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin.

bei geht es insbesondere um die Steigerung der Milchproduktion, der Fleischproduktion, aber auch von Obst und Gemüse usw. Eine wichtige Rolle bei unserer Unterstützung spielt auch die Weiterbildung der Beschäftigten und auch die Nutzung der Erneuerbaren Energien. Die Förderung von Biogasanlagen bspw. oder die Nutzung der Solarenergie stehen dabei im Mittelpunkt. Schließlich ist ein wichtiger Inhalt unserer Projektarbeit die Gleichstellung von Frauen. So gehört zu unseren Projekten, daß in ihnen auch ein bestimmter Prozentteil an Frauen gefördert wird. Nicht nur als Arbeitskräfte, sondern auch in Führungspositionen.

**Wie sieht die Unterstützung durch Cuba Si konkret aus?**

Die Projektunterstützung läuft im Normalfall über drei Jahre. Also die Leute werden mit z.B. jeweils 100.000 Euro pro Jahr unterstützt. Nach drei Jahren soll dann eine Grundlage geschaffen sein, auf der die Projekte dann selbstständig weiterwirtschaften können. Neben den Projekten zur Förderung der kubanischen Landwirtschaft sind wir im Kulturbereich tätig. Da arbeiten wir gemeinsam mit bekannten kubanischen Künstlern für die Förderung der Kunst, der Musik bei den jungen Leuten.

In Kuba selbst arbeiten wir mit der Kubanischen Vereinigung für Tierproduktion (ACPA) zusammen. Die ACPA hat in Kuba mehr als 30.000 Mitglieder, die in fast 2.400 Basisorganisationen organisiert sind. Bei der ACPA handelt es sich um eine Nichtregierungsorganisation mit dem Ziel, in sämtlichen Bereichen der kubanischen Viehproduktion und Viehindustrie



die Arbeit aller Arbeiter sowohl in den staatlichen und privaten Betrieben als auch in den Genossenschaften bestmöglich zu koordinieren. Zu diesem Zweck arbeitet die ACPA auch mit ausländischen Organisationen wie Cuba Si zusammen. Beispielsweise verwaltet die ACPA die Finanzen von Cuba Si in Kuba. Die Entscheidungen über die Projekte treffen wir mit der ACPA gemeinsam. Denn wir wollen auf keinen Fall den Kubanern vorschreiben, wie und was sie zu machen haben. Wir übermitteln unsere Vorschläge nach Havanna, dann findet so eine Art Auseinandersetzung zwischen beiden Seiten statt, um zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Und dann wird es so gemacht, wie beide Seiten entschieden haben.

#### Wie organisiert die AG Cuba Si ihre Arbeit hier in der BRD?

Wir stützen uns auf rund 50 Regionalgruppen in Deutschland. Beim zentralen Koordinierungsrat in Berlin haben wir rund 30 bis 50 Leute, die regelmäßig aktiv mitarbeiten. Bei unseren wöchentlichen Treffen hier im Karl-Liebknecht-Haus kommen durchschnittlich 30 Leute. Dabei koordinieren wir die Arbeit von Cuba Si. Das heißt, alle Entscheidungen werden in dieser Gemeinschaft getroffen.

#### Die Finanzierung läuft ausschließlich über Spenden?

Die Arbeit von Cuba Si wird zu 100 Prozent über Spenden finanziert. Wir können uns zum Glück auf Tausende von Spendern verlassen. Anfangen von 3 Euro pro Monat gehen die Beträge bis hin zu 500 Euro von Leuten, denen es finanziell gut geht. Da gibt es Leute, die regelmäßig jeden Monat etwas spenden, und andere die ein-, zwei- oder dreimal im Jahr einen Betrag überweisen. Durchschnittlich kommen auf diese Weise zwischen 300 und 500.000 Euro pro Jahr zusammen. Hinzu kommen Aktionen, wie die Sammlungen aufgrund der Hurrikane »Ike« und »Gustav«, die Kuba im Jahr 2008 heimgesucht haben. Dabei kamen etwa 300.000 Euro zusammen, die wir vollständig nach Kuba als Hilfe zur Beseitigung der Sturmschäden weitergeleitet haben.

#### Gibt es auch in Eberswalde eine Regionalgruppe von Cuba Si?

Noch nicht. Aber wir helfen gerne dabei, eine zu gründen. Bei uns rufen immer wieder Leute an, vor allem Leute, die auf Kuba zu Besuch waren, privat oder durch unser Workcamp. Die kommen zurück voller Begeisterung und meist wollen sie sich sofort engagieren. Da kam es schon oft vor, daß sie mit zwei oder drei Leuten eine Regionalgruppe gründeten, wenn es in ihrer Nähe noch keine gab. Wir sind hier auch dazu da, solche Initiativen logistisch zu unterstützen. Regelmäßige Spender gibt es übrigens schon einige in Eberswalde. Bis zur Gründung einer eigenen Gruppe können sich Interessenten aus Eberswalde aber auch an die Regionalgruppe in Bernau wenden ([bernau@cuba-si.org](mailto:bernau@cuba-si.org)), die dort schon viele Jahre aktiv ist.

Das Interview mit Justo Cruz führte SILKE MARKMANN für die »Barnimer Bürgerpost«. Mehr Informationen über Cuba Si gibt es auf deren Internetseite [www.cuba-si.de](http://www.cuba-si.de).

## Bürgerpost-Autoren 2008

Nach dem politischen Wechsel von 2006/2007 in Eberswalde gerieten Politik und Gesellschaft wieder in ruhigeres Fahrwasser. Die angehäuften Probleme werden uns aber auch künftig noch weiter beschäftigen. Zumal die neue Administration zuweilen dazu neigt, wieder in den alten Trott zu verfallen. Eine wichtige und sichtbare Veränderung für die »Barnimer Bürgerpost« gab es durch den Wechsel der Druckerei. Seit der Juliausgabe 2008 erscheint unsere Zeitung in deutlich verbesserter Druckqualität. An dieser Stelle unser Dank für die langjährige gute Zusammenarbeit mit dem PS-Verlag von Peter Spangenberg.

Für die inhaltliche Vielfalt sorgten im Jahr 2008 insgesamt 98 Autorinnen und Autoren (2002: 100, 2003: 105, 2004: 100, 2005: 108, 2006: 124, 2007: 119). Unser Dank gilt:

Dr. Siegfried Adler, Otto Baaz, Cornelia Behm, Ellen Behring, Rudolf Behm, Kurt Berus, Karl-Heinz Blättermann, Tillmann Bock, Andreas Bogdajn, Helmut Braunschweig, Prof. Dr. Johannes Creutziger, Karl Diedrich, Karl Dietz, Heike Ecke, Martin Ehlers, Tobias Emmerich, Lorenz Engel, Dr. Dagmar Enkelmann, Frank Eschholz, Andreas Fennert, Daniel Fischer, Stephan Fischer, Kurt Gempin, Hanns-Peter Giering, Thomas Gilles, René Gloede, Eckhard Groll, Olaf Goldschmidt, Thomas Gundlach, Waldemar Hickel, Olaf Himmel, Martin Hoeck, Günter Hof, Dr. Walter Jahn, Kai Jahns, Galina Kapustina, Peter Kikow, Heinz Kinner, André Koch, Martin Kuban, Birgit Kühn, Jürgen Kumm, Lutz Kupitz, Ingeborg Kolodzeike, Karl-Dietrich Laffin, Günter Landmann, Marie Lange, Wilhelm Lange, Hartmut Lindner, Karin Littmann, Andy Losch, Margitta Mächtigt, Johannes Madeja, Arnaud Malterer, Udo Markmann, Sergej Matis, Bärbel Mierau, Bernd Müller, Hans-Jürgen Müller, Dr. Steffen Peltsch, Dr. Manfred Pfaff, Dr. Ulrich Pofahl, Bernd Pomraenke, Christian Rehmer, Rolf Richter, Wolfgang Sachse, Dr. Heinz Schäfer, Doreen Schindler, Manfred Schirmer, Fred Schirmacher, Rosemarie Schmücking, Jörg Schneiderei, Dr. Wolf-Hasso Schoner, Eckhard Schubert, Hartwin Schulz, Manfred Schwarz, Dr. Günther Spangenberg, Stefan Stahlbaum, Dr. Andreas Steiner, Katrin Sternberg, Britta Stöwe, Volly Tanner, Nicole Täschner, Lutz Tempelhofen, Dr. Rainer Thiel, Albrecht Triller, Daniel Walther, Sebastian Walther, Linda Wegner, Katharina Weinberg, Marianne Wendt, Dr. Magdalene Westendorff, Juliane Wittig, Daniel Wittmer, Thomas Wöbeng, Frank Wruck, Ralf Wunderlich und Carsten Zinn.

Dafür, daß unsere Zeitung bei ihren Leserinnen und Lesern kommt, sorgen unsere fleißigen Verteiler. Ihnen ebenfalls unser Dank, wie auch jenen, die mit ihren Spenden zur Sicherung der finanziellen Grundlagen unserer Zeitung beitragen. Ihnen allen ein Weiter so!

GERD MARKMANN,  
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

## Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressegesetz (BpgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

### 1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

### 2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

### 3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht. Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

### 4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

### 5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

## Freie Oberschule Finow

Ab Dienstag, den 13. Januar öffnet **jeden Dienstag** in der Zeit von 16 - 18 Uhr unser Informations-, Kaffee-, Gesprächs-, Anmelde- und Interessenten-Raum in der Freien Oberschule Finow (Biesenthaler Str. 14/15). Außerdem weise ich auf unsere neu gestaltete Internetseite hin: [www.freie-oberschule-finow.de](http://www.freie-oberschule-finow.de).

Den Verein »Freie Oberschule Finow e.V.« haben wir, Schülerinnen und Schüler, Eltern und weitere Interessierte im Jahr 2007 gegründet. Der Verein hat sich zur Aufgabe gemacht, zum Sommer 2009 eine Oberschule im Stadtteil Finow zu eröffnen. Das vergangene Jahr haben wir genutzt, am Gebäude zu arbeiten und die Startbedingungen zu verbessern. Der Verein entscheidet, auf der Grundlage des Brandenburgischen Schulgesetzes, über die Inhalte und Schwerpunkte des Unterrichts. Er stellt Lehrer/innen ein und gestaltet das Leben in der Schule mit. Unser Verein ist offen für Mitglieder, die diese Schule mitgestalten wollen. Wir nehmen damit Bildung in die eigene Hand.

HARTWIN SCHULZ

## Plathe singt Reutter

Am 25.01.2009 live in Eberswalde

Man kann nicht alles haben. Auf Grund dieser betrüblichen Tatsache schlepe ich in meinem Kopf eine lange Liste mit Künstlern herum die ich gern mal live gesehen hätte, aber niemals zu Gesicht bekommen werde. Der Grund: Jim Morrison, Hendrix, Heiner Pudelko – Alle längst tot. Otto Reutter steht auch drauf. Dabei war er mehr Komiker als Musiker, eher Rezitator als Sänger, kein Rebell sondern ein am Zeitgeist orientierter Spaßmacher.

Tja, Reutter ist ebenfalls »hinüber«. Es gibt aber zahlreiche »Erben« die sich mehr oder weniger gekonnt an seiner Hinterlassenschaft versuchen. Walther Plathe, ausgebildeter Zoofachverkäufer und studierter Schauspieler, macht das schon relativ lange und ziemlich gut. Am 25. Januar »reuttert« er ab 16 Uhr im Eberswalder »Haus Schwärzetal«. Karten im Vorverkauf gibt es für 20,90 Euro im Ticketshop des Medienhauses.

STEFAN STAHLBAUM  
(via [www.bar-blog.de](http://www.bar-blog.de))

## Debatte: Brauchen wir noch Braunkohle?

**Bernau (cr).** Ist weiterer Kohleabbau in Brandenburg nötig? Das will der Stadtverband der LINKEN Bernau vom Energieexperten Björn Schering wissen. Im Rahmen der bildungspolitischen Veranstaltungsreihe »Draufsichten, Ansichten, Einsichten« wird der wissenschaftliche Mitarbeiter aus der LINKEN Bundestags-

fraktion über das Thema Energiepolitik referieren. Dabei geht es um den Aufschluß neuer Tagebaue, die Energieeffizienz von Braunkohlekraftwerken und die Auswirkungen auf Umwelt und Klima.

**Termin: 26. Januar 2009, 19 Uhr, Treff 23, Breitscheidstr. 43a, 16321 Bernau.**

### Anzeigen

**+++++ Herzlichen Glückwunsch +++++**  
Lieber Hartwin,  
nachträglich gratulieren wir herzlichst dem Sozialrebell und »Kummerkasten« des Brandenburgischen Viertels zum 45. Geburtstag. Bleib, wie Du bist und mach weiter so, wie bisher.

Carsten und Gerd

**+++++ Herzlichen Glückwunsch +++++**

<http://www.bar-blog.de/barnimer-buergerpost/>

## Milch für Kubas Kinder

Cuba Si war eine der ersten Organisationen, die uns nach dem Ende des RGW unterstützt haben. Das werden wir nie vergessen und daran denken wir mit viel Zuneigung. Sie unterstützen uns in unserer schierigsten Phase mit dem Projekt »Milch für Kubas Kinder«. Cuba Si gab uns sprichwörtlich nicht nur Fisch zum Essen, sondern eine Angel, um zu fischen. Für die dauerhaften Projekte, die Cuba Si mit uns durchführt, sind wir sehr dankbar. (Alcides López Labrada, Vizeminister für Landwirtschaft Kubas, ND, 5.8.2008)

### Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Für die erfolgreiche Weiterführung unserer Milchprojekte bitten wir um Spenden (auch mit Dauerauftrag).

**Sonderspendenkonto** beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Si Nr. 13 22 22 10, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, VWZ: Milch für Kubas Kinder (Spendenbescheinigung auf Wunsch)

**Cuba si**  
AG in der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030-24009-455, -456  
Fax: 030-24009-409  
eMail: [berlin@cuba-si.org](mailto:berlin@cuba-si.org)  
Internet: [www.cuba-si.org](http://www.cuba-si.org)

## From Classic To Klezmer / II

Am 25. Januar präsentieren Weltstar Giora Feidman und sein kongenialer Orgelpartner Matthias Eisenberg ihr neues Programm »From Classic to Klezmer / Part II« in der Maria-Madalenenkirche. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr. Ticketpreise: 31 Euro, 17 Euro ermäßigt für Hartz4-Empfänger/Schüler/Studenten.

STEPHAN FRINK

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**telex:** (0 18 05) 22 10 40 973

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**bbpforum:** <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

**redaktion:** Gerd Markmann

**fotografie:** Förder, Markmann (3), Mierau, Triller, Wenzlaff

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

**redaktionschluß:** 3. Januar 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 31.1.2009, 12 Uhr.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe  
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)  
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
 Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)  
 Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)  
 Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer  Bank  Bankleitzahl

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

**Coupon senden an:** Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)